



VBL. Der Geschäftsbericht 2005.

VBL

Versorgungsanstalt des
Bundes und der Länder
Karlsruhe

Auf der Innenseite finden Sie „**VBL** auf einen Blick.“

VBL auf einen Blick. Gesamtübersicht. Stand 31.12.2005.

Beteiligte	2001 Anzahl	2002 Anzahl	2003 Anzahl	2004 Anzahl	2005 Anzahl	04/05 %	01/05 %
Bund und beteiligte Länder	15	15	15	15	15	0,0	0,0
Kommunale Arbeitgeber	1.668	1.684	1.717	1.727	1.708	-1,0	+2,5
Träger der Sozialversicherung	159	144	110	105	100	-4,8	-37,1
Sonstige Arbeitgeber	3.535	3.552	3.564	3.555	3.565	+0,3	+0,8
Teilbeteiligte *)	-	-	-	-	44		
Beteiligte gesamt	5.377	5.395	5.406	5.402	5.432	+0,6	+1,0

Versicherte	2001 Anzahl	2002 Anzahl	2003 Anzahl	2004 Anzahl	2005 Anzahl	04/05 %	01/05 %
Pflichtversicherte							
Bund	177.585	173.796	171.064	170.712	164.683	-3,5	-7,3
Länder	842.304	832.230	827.195	798.227	775.169	-2,9	-8,0
Kommunale Arbeitgeber	227.405	219.320	221.909	209.831	202.319	-3,6	-11,0
Träger der Sozialversicherung	147.955	148.523	119.572	95.454	93.813	-1,7	-36,6
Sonstige Arbeitgeber	553.660	559.821	578.220	574.702	590.914	-1,2	-6,3
gesamt	1.948.909	1.933.690	1.917.960	1.848.926	1.826.898	-1,2	-6,3
Beitragsfrei Versicherte	1.929.870	1.979.318	2.077.146	2.164.553	2.212.200	+2,2	+14,6
Verträge Freiwillige Versicherung	-	20.476	53.069	78.323	99.342	+26,8	

Betriebsrenten	2001 Anzahl	2002 Anzahl	2003 Anzahl	2004 Anzahl	2005 Anzahl	04/05 %	01/05 %
aus aktiver Versicherung	859.194	875.797	897.528	914.309	928.259	+1,5	+8,0
aus beitragsfreier Versicherung	81.252	85.281	89.121	102.721	110.641	+7,7	+36,2
nach § 83 VBLS (§ 105b d.S. a.F.)	22.207	24.104	25.940	26.884	26.863	-0,1	+21,0
aus Pflichtversicherung gesamt	962.653	985.182	1.012.589	1.043.914	1.065.763	+2,1	+10,7
aus freiwilliger Versicherung	-	-	-	62	188	+203,2	

Erträge und Aufwendungen	2001 Mio. €	2002 Mio. €	2003 Mio. €	2004 Mio. €	2005 Mio. €	04/05 %	01/05 %
Erträge							
Umlageaufkommen ¹⁾	3.319,1	4.199,0	4.392,7	4.335,9	4.349,3	+0,3	+31,0
Kapitalerträge	387,8	423,2	513,9	481,7	544,8	+13,1	+40,5
Summe	3.706,9	4.622,2	4.906,6	4.817,6	4.894,1	+1,6	+32,0
Aufwendungen							
Anstaltsleistungen ²⁾	3.754,0	3.738,0	3.902,1	4.031,8	4.117,5	+2,1	+9,7
Kapitalaufwendungen	234,6	333,6	179,9	166,5	75	-55,0	-68,0
Summe	3.988,5	4.071,6	4.082,0	4.198,3	4.192,5	-0,1	+5,1
Saldo der übrigen Erträge und Aufwendungen	-186,3	-100,7	-58,3	-191,1	-247,4	+29,5	+32,8

Vermögen	2001 Mio. €	2002 Mio. €	2003 Mio. €	2004 Mio. €	2005 Mio. €	04/05 %	01/05 %
Anlagevermögen ³⁾	6.049,9	6.603,7	7.854,3	9.472,0	9.275,8	-2,1	+53,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	985,6	945,1	1.493,7	1.451,6	2.553,3	+75,9	+159,1
Bilanzsumme	7.035,5	7.548,8	9.348,0	10.923,6	11.829,1	+8,3	+68,1

*) Teilbeteiligungsvereinbarungen mit kommunalen Gebietskörperschaften aufgrund der Verwaltungsreform Baden-Württemberg; die Pflichtversicherten sind dem Land Baden-Württemberg zugeordnet.

1) Einschließlich „Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge“ sowie „Überleitungen“.

2) Zahlungen für Anstaltsleistungen einschließlich „Überleitungen“.

3) Einschließlich „Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern“

Pflichtversicherung nach Abrechnungsverbänden. Stand 31.12.2005

Beteiligte	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2004 Anzahl	2005 Anzahl	04/05 %	2004 Anzahl	2005 Anzahl	04/05 %
Bund und beteiligte Länder	10	10	0,0	5	5	0,0
Kommunale Arbeitgeber	1.727	1.708	-1,0	0	0	
Träger der Sozialversicherung	93	91	-2,2	12	9	-25,2
Sonstige Arbeitgeber	3.312	3.317	+0,1	243	248	+2,1
Teilbeteiligte *)		44				
Beteiligte gesamt	5.142	5.170	+0,5	260	262	+0,8

Pflichtversicherung	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2004 Anzahl	2005 Anzahl	04/05 %	2004 Anzahl	2005 Anzahl	04/05 %
aktiv Versicherte						
Bund	140.155	135.773	-3,1	30.557	28.910	-5,4
Länder	533.182	520.833	-2,3	265.045	254.336	-4,0
Kommunale Arbeitgeber	209.825	202.313	-3,6	6	6	0,0
Träger der Sozialversicherung	77.178	75.445	-2,2	18.276	18.368	+0,5
Sonstige Arbeitgeber	499.747	510.921	+2,2	74.955	79.993	+6,7
gesamt	1.460.087	1.445.285	-1,0	388.839	381.613	-1,9
beitragsfrei Versicherte	2.059.093	2.045.729	-0,6	105.460	166.471	+57,9

Betriebsrenten	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2004 Anzahl	2005 Anzahl	04/05 %	2004 Anzahl	2005 Anzahl	04/05 %
aus aktiver Versicherung	883.155	886.660	+0,4	31.154	41.599	+33,5
aus beitragsfreier Versicherung	100.261	106.662	+6,4	2.460	3.979	+61,7
nach § 83 VBLS (§ 105b d.S. a.F.)	230	219	-4,8	26.654	26.644	0,0
gesamt	983.646	993.541	+1,0	60.268	72.222	+19,8
Verhältnis aktiv Versicherte zu Renten gesamt	1,48 : 1	1,45 : 1		6,5 : 1	5,3 : 1	

Erträge und Aufwendungen	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2004 Mio. €	2005 Mio. €	04/05 %	2004 Mio. €	2005 Mio. €	04/05 %
Erträge						
Umlageaufkommen ¹⁾	4.020,2	4.022,1	0,0	152,0	154,8	+1,8
Kapitalerträge	379,4	396,2	+4,4	50,9	59,6	+17,1
Summe	4.399,6	4.418,3	+0,4	202,9	214,4	+5,7
Aufwendungen						
Anstaltsleistungen ²⁾	3.922,2	3.988,1	+1,7	57,7	67,5	+17,0
Kapitalaufwendungen	165,7	73,4	-55,7	0,4	0,5	+25,0
Summe	4.087,9	4.061,5	-0,6	58,1	68,0	+17,0
Saldo der übrigen Erträge und Aufwendungen	-53,6	-75,5	+40,9	-2,7	-6,0	+122,2

Verfügbares Vermögen	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2004 Mio. €	2005 Mio. €	04/05 %	2004 Mio. €	2005 Mio. €	04/05 %
Rückstellung für Pflichtleistungen	6.198,5	6.473,3	+4,4	1.227,0	1.367,4	+11,4

VBL. Der Geschäftsbericht 2005.



Versorgungsanstalt des
Bundes und der Länder
Karlsruhe

Sehr geehrte Damen und Herren,



das Jahr 2005 war erneut ein wichtiges Jahr für die VBL. Mit der Reform der Zusatzversorgung von 2001 sind die Ausgaben für die Zusatzversorgung langfristig kalkulierbarer geworden. Dennoch bleibt die Finanzierung ein wichtiges Thema für die öffentlichen Arbeitgeber. Seit der Einführung des Sanierungsgeldes bestimmen sich die Aufwendungen der einzelnen Arbeitgeber nicht mehr nur durch einen einheitlichen Umlagesatz, sondern es wird auch das Verhältnis von Rentenempfängern zu aktiven Versicherten berücksichtigt.

Die VBL, die Beschäftigte von Bund, Ländern, Gemeinden und anderen öffentlichen Arbeitgebern „versorgt“, vereint Arbeitgeber mit

unterschiedlichen Strukturen und Bedingungen unter ihrem Dach. Um eine ausgewogene Mischung zwischen solidarischer und individueller Finanzierung der Verpflichtungen zu erreichen, hat der Verwaltungsrat nach umfangreichen Diskussionen am 17. Juni 2005 die 7. Satzungsänderung zur verursachungsgerechteren Verteilung der Sanierungsgelder beschlossen. Dies war wichtig, um die Finanzierungsgerechtigkeit zu verbessern und Arbeitgeber mit einem guten Verhältnis von Aufwendungen zu Rentenverpflichtungen zu entlasten. Am 31. Oktober 2006 ist die 7. Satzungsänderung genehmigt worden.

Die Altersvorsorge bleibt ein beherrschendes Thema. Der demographische Wandel und die Absenkung des Sicherungsniveaus in der gesetzlichen Rente machen eine zusätzliche Vorsorge für die Bürger unverzichtbar. Zu viele Arbeitnehmer haben dieses Problem noch nicht erkannt oder glauben, sich eine zusätzliche Vorsorge nicht leisten zu können. Die VBL hat ihr Angebot an Information und Aufklärung zum Thema Rente deutlich verstärkt und ist hier ein kompetenter und zuverlässiger Ansprechpartner.

Eine gute Möglichkeit vorzusehen, ist auch die Entgeltumwandlung. Nachdem diese bisher nur im kommunalen Bereich möglich war, haben jetzt auch die Länder mit den Gewerkschaften eine tarifvertragliche Einigung erzielt, die ihren Beschäftigten die Entgeltumwandlung ermöglicht. Die VBL wird den Versicherten ausführliche Informationen und Angebote der freiwilligen Versicherung zusenden. Auch die Arbeitgeber werden bei der Durchführung intensiv unterstützt.

Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der VBL, die die Herausforderungen der Zeit immer wieder annehmen und eine wichtige und gute Arbeit leisten, möchte ich mich herzlich bedanken.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Kurt Falthaus". The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.

Prof. Dr. Kurt Falthaus, MdL
Vorsitzender des Verwaltungsrates
der Versorgungsanstalt
des Bundes und der Länder,
Bayerischer Staatsminister
der Finanzen

Sehr geehrte Damen und Herren,



der Wandel in der VBL geht weiter! Auch im Jahr 2005 haben wir einige wichtige Neuerungen und Meilensteine auf den Weg bringen können. Bei allem, was wir tun, ist es uns sehr wichtig, mit unseren Kunden, den Arbeitgebern, Versicherten und Rentnern, einen permanenten Dialog zu pflegen. Damit können wir den verschiedenen Bedürfnissen nach Information, Beratung und Service am besten gerecht werden.

Eine Neuheit ist die VBL-Herbsttagung, die wir im Jahr 2005 erstmals durchgeführt haben, um den Austausch mit den Arbeitgebern zu verbessern. Auf diesen Veranstaltungen, die 2005 in 5 verschiedenen deutschen Städten stattgefunden haben, informieren wir über Neuigkeiten in der betrieblichen Altersversorgung und über spezielle Fragen, die die Zusatzversorgung bei der VBL betreffen. Gleichzeitig ist es auch für uns

sehr wichtig, unmittelbar von unseren Beteiligten zu hören, wo es Schwierigkeiten gibt und wo wir etwas verbessern können. Das Echo auf die Tagungen war sehr positiv. Deshalb werden sie jetzt jährlich durchgeführt.

Eine weitere wichtige Aufgabe war die Einführung des Zulageverfahrens Ost. Die pflichtversicherten Beschäftigten des Abrechnungsverbandes Ost konnten in 2005 erstmals für ihren Anteil der geleisteten Beiträge aus 2004 die staatliche Förderung beanspruchen. Damit die Zulageanträge für das Jahr 2004 rechtzeitig versandt und verarbeitet werden konnten, musste die VBL innerhalb kürzester Zeit ein Verfahren zur IT-technischen und organisatorischen Umsetzung entwickeln und implementieren. Um nur einige Zahlen zu nennen: 404.000 Bescheinigungen über die Höhe der geleisteten Altersvorsorgebeiträge und 380.000 Zulageanträge für das Jahr 2004 waren zu erstellen und zu versenden.

Auch in diesem Zusammenhang spielt der Dialog mit dem Kunden eine große Rolle. Denn anlässlich der Versandaktionen gab es natürlich viele telefonische und schriftliche Rückfragen der Versicherten. Unsere Servicemitarbeiter haben in diesen Gesprächen die staatliche Förderung erläutert und die Versicherten beraten. Bis März 2006 hatten schon 84.000 Versicherte einen Zulageantrag gestellt.

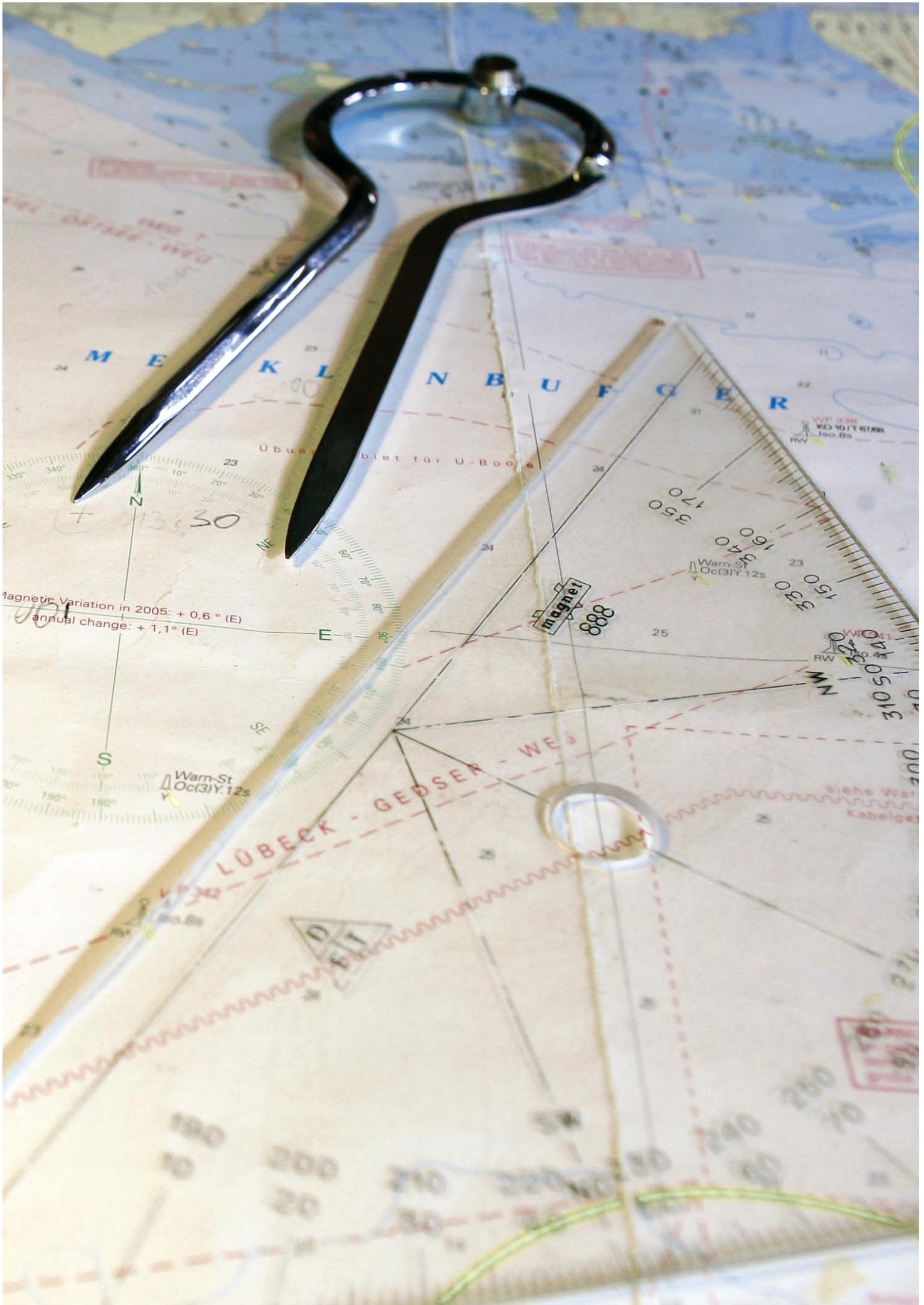
Dieses Beispiel zeigt: Unsere Aufgaben haben sich verändert. Das Thema Rente bewegt nicht nur die Politik. Auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben einen großen Bedarf, sich über die Fragen der Altersversorgung zu informieren. Mit der im Jahr 2005 in der VBL begonnenen organisatorischen und IT-technischen Umstrukturierung schaffen wir die Voraussetzungen, diese neuen Aufgaben besser erfüllen zu können. Durch die Trennung von Kundenmanagement und Sachbearbeitung können die Mitarbeiter schneller und effektiver mit unseren Kunden in Kontakt treten.

Zeiten der Veränderung sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht immer einfach. Aber auch hier hilft es, den Dialog zu suchen. Das heißt, die Gründe und Ziele des Veränderungsprozesses immer wieder erklären, aber auch mit den Mitarbeitern diskutieren und zuhören. Denn miteinander werden wir unsere Ziele erreichen!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

A handwritten signature in blue ink, reading "W. R. Thiel".

Wolf R. Thiel
Präsident und Vorsitzender
des Vorstands



M E K L N B U F G E R

Übungsbiet für U-Boote

Magnetic Variation in 2005: + 0.6° (E)
annual change: + 1.1° (E)

magnet 888

Warn-St
Oc(3)Y.12s

LOBECK - GEDSER - WE

D
FI

Sicher auf neuem Kurs.

Klare Ziele.
Aufgaben.

9



Orientierung für anspruchsvolle Kunden.
Lagebericht.

13



Auf richtigem Kurs.
Der Jahresabschluss 2005.

39



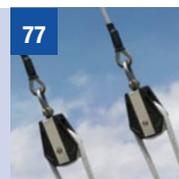
Ein verlässlicher Partner
für die betriebliche Altersvorsorge.
Anhang.

47



Beschlüsse der Organe.

77



Organe.

78



Aufgaben

Klare Ziele.

Aufgaben und Struktur der VBL.

Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) ist eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie wurde am 26. Februar 1929 durch eine gemeinsame Verfügung des Deutschen Reiches und des ehemaligen Landes Preußen in Berlin gegründet. Seit 1952 hat sie ihren Sitz in Karlsruhe.

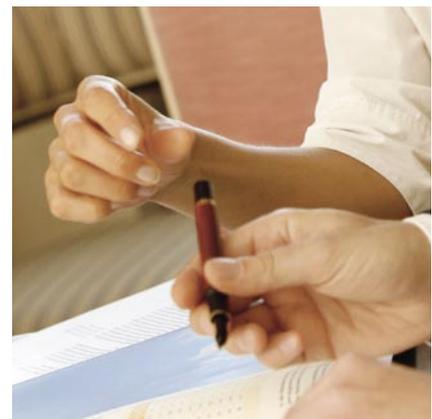
Die VBL steht unter der Aufsicht des Bundesministeriums der Finanzen.

Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten als Vorsitzendem und 16 weiteren Mitgliedern. Der Vorsitzende und zwei weitere Mitglieder sind hauptamtlich tätig. Sie führen die laufenden Geschäfte. Die hauptamtlichen Mitglieder und sechs weitere Mitglieder des Vorstands werden von der Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Mehrzahl der an der VBL beteiligten Länder ernannt. Die anderen acht Mitglieder ernennt der Verwaltungsrat nach dem Vorschlag der Gewerkschaften aus dem Kreis der Versicherten. Die Amtsdauer beträgt fünf Jahre.

Der paritätisch besetzte Verwaltungsrat besteht aus 38 Mitgliedern. Jeweils 19 Mitglieder werden von der Aufsichtsbehörde auf Vorschlag der Träger und auf Vorschlag der Gewerkschaften berufen. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Beide Gruppen bestimmen aus ihrer Mitte jeweils einen Vorsitzenden. Die beiden Vorsitzenden führen den Verwaltungsrat im kalenderjährlichen Wechsel.

Rechtsnatur und Aufsicht

Organe



Aufgabe

Aufgabe der VBL ist es, Arbeitnehmern der bei ihr beteiligten Arbeitgeber im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu zahlen. Die arbeitsrechtlichen Grundlagen sind in den Versorgungstarifverträgen des öffentlichen Dienstes geregelt.

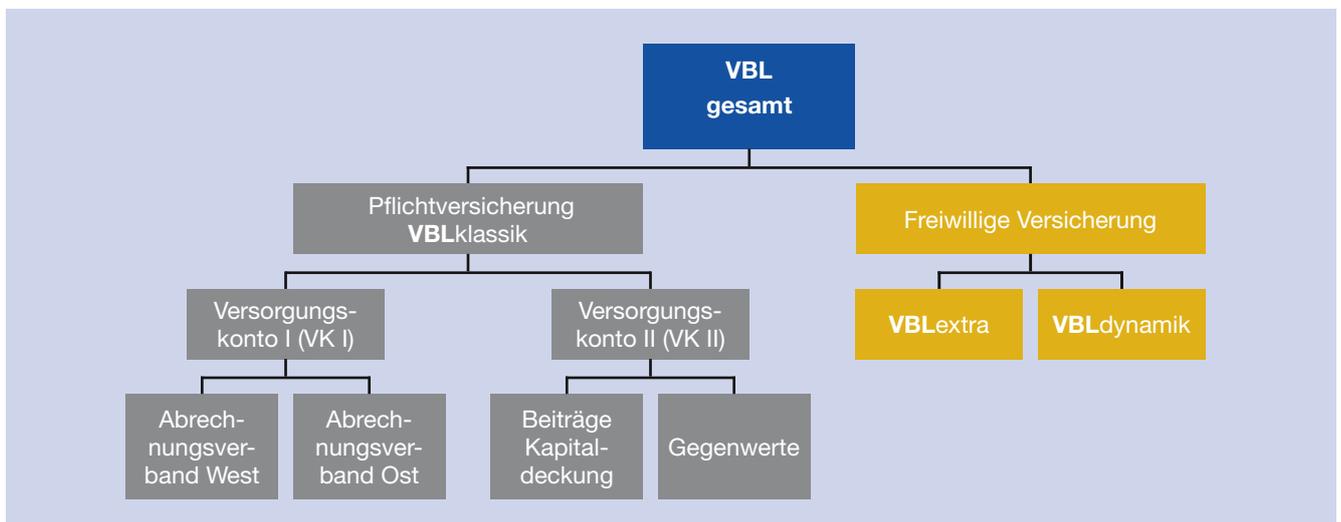
Voraussetzung für die Durchführung der betrieblichen Altersversorgung ist die Beteiligung des Arbeitgebers bei der VBL. Die Beteiligungsvereinbarung ist ein Gruppenversicherungsvertrag, bei dem der Arbeitgeber Versicherungsnehmer und die Arbeitnehmer und ihre Hinterbliebenen Bezugsberechtigte sind. Grundsätzlich sind alle Arbeitnehmer zur Pflichtversicherung anzumelden.

Die Tarifvertragsparteien haben den Pflichtversicherten in dem Tarifvertrag über die betriebliche Altersversorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Tarifvertrag Altersversorgung - ATV) vom 1. März 2002 außerdem die Möglichkeit eröffnet, durch Entrichtung eigener Beiträge eine zusätzliche kapitalgedeckte Altersversorgung (freiwillige Versicherung) abzuschließen.

Ergänzend zu dem Produkt der Pflichtversicherung — **VBLklassik** — bietet die VBL deshalb zwei weitere Produkte an: die freiwillige Versicherung in Anlehnung an das Punktemodell — **VBLextra** — und die fondsgebundene Rentenversicherung — **VBLdynamik**. Bei beiden Produkten kann die steuerliche Förderung nach dem Altersvermögensgesetz (AVmG) in Anspruch genommen werden. Pflichtversicherte haben die Möglichkeit, ihre Altersversorgung durch den Abschluss einer freiwilligen Versicherung auf eine breitere Basis zu stellen.

Struktur

Die Aufgaben der VBL und ihre Finanzierung werden in der folgenden Struktur durchgeführt:



Aufgaben

Die VBL ist Mitglied

- der aba Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V. mit Sitz in Heidelberg sowie
- des Europäischen Verbandes der Versorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes (EVVÖD) — Association Européenne des Institutions de Retraites du secteur public (AEIRSP), European Association of Public Sector Pension Institutions (EAPSPI) — mit Sitz in München.

Verbandszugehörigkeit





Lagebericht

Orientierung für anspruchsvolle Kunden.

Überblick.

Im Jahr 2005 fanden vier Vorstandssitzungen und zwei Verwaltungsrats-sitzungen statt. Der Gemeinsame Ausschuss des Vorstands und des Ver-waltungsrats für Finanz- und Vermögensfragen trat zweimal zusammen.

Die folgenden Ereignisse und Entwicklungen aus dem Geschäftsjahr 2005 sind besonders zu erwähnen:

Beherrschendes Thema im Geschäftsjahr 2005 war zweifellos die Neu-regelung der Bestimmungen zur Verteilung der Sanierungsgelder in der 7. Satzungsänderung. Ziel dieser Änderung ist es, die Beteiligten mit ei-nem guten Verhältnis der Aufwendungen zu den Rentenlasten im Bereich der Sanierungsgelder weiter zu entlasten. Die solidarische Finanzierung der Zusatzversorgung bleibt dabei grundsätzlich erhalten. Die belastungs-gerechtere Verteilung der Sanierungsgelder ist ein entscheidender Schritt hin zu einer größeren Finanzierungsgerechtigkeit. Diese wegweisende Entscheidung ist für viele Beteiligte ein Signal, sich weiterhin an der Zu-satzversorgung der VBL zu beteiligen.

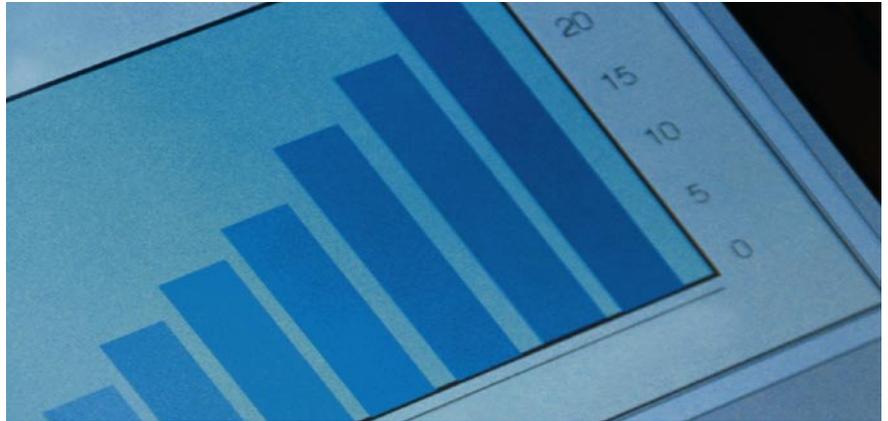
Die Aufsichtsbehörde hat die Satzungsänderung am 31. Oktober 2006 genehmigt. Die Neuregelung gilt mit Wirkung vom 1. Januar 2006.

Das Ziel der VBL als kompetentes, leistungsfähiges und modernes Dienstleistungsunternehmen ist es, die Leistungen und den Service für die Beteiligten, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für die Rentnerinnen und Rentner deutlich auszubauen. Wir wollen beste Lei-stung bei möglichst niedrigen Kosten anbieten. Dabei ist es uns wichtig, neben der Optimierung der Arbeitsabläufe im Interesse unserer Kunden auch eine Verbesserung des Images der VBL zu erreichen. Kernpunkt dieser Neuausrichtung ist die einheitliche Sachbearbeitung und Kun-denbetreuung für alle Produkte der Pflicht- und freiwilligen Versicherung. Zu diesem Zweck wurde das Projekt „VBL 2005“ ins Leben gerufen. Mit Unterstützung eines Beratungsunternehmens wurde für die Umsetzung des Projekts die Ablauf- und Aufbauorganisation der beiden Fachberei-che untersucht und eine Neugestaltung erarbeitet. Mit der Umsetzung der entwickelten Lösungen haben wir im März 2006 begonnen.

Leistungsgerechtere Verteilung
des Sanierungsgelds

Neuausrichtung der
Organisationsstruktur der VBL





Altersvorsorgezulage im Abrechnungsverband Ost

Vom 1. Januar 2004 an wird im Abrechnungsverband Ost neben der Umlage ein Beitrag zum Kapitaldeckungsverfahren in Höhe von 1 % des Zusatzversorgungspflichtigen Entgelts erhoben, den Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeweils zur Hälfte tragen. Für die in 2004 geleisteten Arbeitnehmerbeiträge konnte erstmals die steuerliche Förderung durch Altersvorsorgezulage (sogenannte Riester-Förderung) beantragt werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, für die Beiträge den Sonderausgabenabzug im Rahmen der Einkommensteuererklärung geltend zu machen. Die VBL ist verpflichtet, den Versicherten die Höhe der geleisteten Altersvorsorgebeiträge zu bescheinigen (Bescheinigung nach § 10a Abs. 5 EStG). Wir haben deshalb in kürzester Zeit die Voraussetzungen geschaffen, um das Zulageverfahren und die damit verbundenen Informationsflüsse der steuerlich förderfähigen Pflichtversicherungen im Abrechnungsverband Ost zu steuern und zu verwalten sowie den elektronischen Datenaustausch zwischen der VBL und der Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) durchzuführen. Im Frühjahr 2005 wurden rund 404.000 Bescheinigungen versandt.

Außerdem wurden im November 2005 die Anträge, mit denen die Versicherten ihre persönliche Zulage beanspruchen können, verschickt.

Neben der Bescheinigung nach § 10a Abs. 5 EStG und dem Zulagenantrag erstellt die VBL für die Versicherten jährlich eine Bescheinigung nach § 92 EStG, die u. a. Angaben über die im abgelaufenen Beitragsjahr geleisteten Altersvorsorgebeiträge und die dem Versicherungskonto gutgeschriebenen Zulagen enthält. Um dieses aufwändige Verfahren reibungslos durchführen zu können, waren auch Änderungen im Meldewesen im Abrechnungsverband Ost erforderlich. Die Arbeitgeber müssen nun bei den Jahresmeldungen und Abmeldungen ab 2004 neben dem Zusatzversorgungspflichtigen Entgelt auch Angaben zu den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen sowie zusätzlich zur Umlage machen.

Lagebericht

Geschäftsentwicklung.

Pflichtversicherung.

Zum Jahresende 2005 waren neben dem Bund und den Ländern (außer Hamburg und dem Saarland) 1.708 kommunale Arbeitgeber, 100 Träger der Sozialversicherung sowie 3.565 sonstige Arbeitgeber beteiligt.

Beteiligte Arbeitgeber

Mit 82 Arbeitgebern wurden neue Beteiligungsvereinbarungen abgeschlossen. Dabei handelt es sich überwiegend um neu gegründete juristische Personen, die aus bereits beteiligten Arbeitgebern hervorgegangen sind. Werden mehrere Beteiligte zu einer neuen juristischen Person zusammengeschlossen, vermindert sich im Ergebnis die Anzahl der Beteiligten.

Darüber hinaus haben wir mit 44 Arbeitgebern Teilbeteiligungsvereinbarungen geschlossen und damit auf die Veränderungen aus der Verwaltungsreform des Landes Baden-Württemberg reagiert. Mit dieser Reform wurden im Jahr 2005 die weit verzweigten Sonderbehörden des Landes aufgelöst und in die Landratsämter, die Stadtkreise und die Regierungspräsidien integriert. Mit der Übertragung von Aufgaben vom Land auf die Kommunen wechselten auch etwa 7.000 Landesbedienstete zu den Stadt- und Landkreisen, die Beteiligte der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Baden-Württemberg (ZVK KVBW) sind. Um die bisher bei der VBL pflichtversicherten Arbeitnehmer, die im Zuge der Verwaltungsreform zu einem kommunalen Arbeitgeber wechselten, weiterhin bei der VBL zu versichern, wurden Teilbeteiligungsvereinbarungen mit den kommunalen Arbeitgebern geschlossen. Für die in den kommunalen Bereichen künftig einzustellenden Arbeitnehmer bleibt es aber bei der Zusatzversorgung durch die ZVK KVBW. Im Rahmen der Gesamtregelung haben wir eine Ausgleichszahlung von der ZVK KVBW erhalten.

Im Jahr 2005 haben 10 Beteiligte mit 2.489 Pflichtversicherten ihre Beteiligung bei der VBL gekündigt. In zwei Fällen, in denen die Beteiligung zunächst gekündigt worden war, wurde inzwischen eine Fortsetzung vereinbart. Zwei Beteiligungen mit insgesamt 18 Versicherten wurden durch eine Kündigung seitens der VBL beendet. Nach wie vor ist eine verstärkte Privatisierung bzw. Ausgliederung von Betrieben und Einrichtungen auf andere Arbeitgeber zu verzeichnen.

Beteiligte	2005	2004	Veränderung
Abrechnungsverband West	5.170*)	5.142	+0,5 %
Abrechnungsverband Ost	262	260	+0,8 %
Gesamt	5.432	5.402	+0,6 %

*)Einschließlich der 44 Teilbeteiligungsvereinbarungen mit kommunalen Gebietskörperschaften aufgrund der Verwaltungsreform Baden-Württemberg; die Pflichtversicherten sind dem Land Baden-Württemberg zugeordnet.

Um die aus den Beteiligungen hervorgegangenen Anwartschaften und Renten auszugleichen, zahlen alle ausgeschiedenen Arbeitgeber einen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Gegenwert. Dieser wird in das kapitalgedeckte Versorgungskonto II – Abrechnungsverband Gegenwerte – eingestellt.

Versicherte

Der Versichertenbestand stieg im Jahr 2005 insgesamt um 0,6 %. Dabei sank die Zahl der Pflichtversicherten um 1,2 % während sich die Zahl der beitragsfrei Versicherten um 2,2 % erhöhte. Der Rückgang des Pflichtversichertenbestandes ist unter anderem auf die Beendigung von Beteiligungen zurückzuführen. Mit dem Ausscheiden der beteiligten Arbeitgeber enden auch die Pflichtversicherungen ihrer Beschäftigten. Diese werden dann beitragsfrei Versicherte.

Versicherte	2005	2004	Veränderung
Pflichtversicherte	1.826.898	1.848.926	-1,2 %
Beitragsfrei Versicherte	2.212.200	2.164.553	+2,2 %
Gesamt	4.039.098	4.013.479	+0,6 %

Das Durchschnittsalter aller Versicherten betrug 44,5 Jahre.

Rentner

Da die Arbeitnehmer im Beitrittsgebiet erst ab 1. Januar 1997 versichert werden konnten, ist der Rentenbestand im Abrechnungsverband Ost noch im Aufbau begriffen. Er wird jedoch in den nächsten Jahren stark ansteigen. Dies zeichnete sich bereits im Jahr 2004 ab (Anstieg um 30,1 %).

Rentner	2005	2004	Veränderung
Abrechnungsverband West	993.541	983.646	+1,0 %
Abrechnungsverband Ost	72.222	60.268	+19,8 %
Gesamt	1.065.763	1.043.914	+2,1 %

Lagebericht

Die laufenden Rentenleistungen stiegen durch die erhöhte Zahl der Rentner sowie durch die jährliche Rentenanpassung um 2,4 % an.

Leistungen

Im Durchschnitt betragen die Renten aus der Pflichtversicherung wie im Vorjahr 386 €. Der durchschnittliche Zahlbetrag aller Renten einschließlich der Hinterbliebenenrenten und der Renten aus den beitragsfreien Versicherungen betrug 319 €.

Zum 1. Juli 2005 haben wir die Betriebsrenten satzungsgemäß um 1 % erhöht. Dies führte zu einer Erhöhung der monatlichen Auszahlungen um rund 3,1 Millionen €.

Rentenleistungen	2005 Mio. €	2004 Mio. €	Veränderung
Versorgungskonto I			
Abrechnungsverband West	3.954,9	3.881,3	+1,9 %
Abrechnungsverband Ost	67,0	56,7	+18,2 %
Versorgungskonto II (zu Lasten)			
Beiträge	0,5	–	
Gegenwerte	60,8	51,4	+18,3 %
Gesamt	4.083,2	3.989,4	+2,4 %

Im Abrechnungsverband West finanziert die VBL ihre Leistungen seit 1978 über ein modifiziertes Abschnittsdeckungsverfahren (Umlageverfahren). Der aktuelle Deckungsabschnitt umfasst die Jahre 2002 bis 2007. Der Umlagesatz ist so bemessen, dass die für die Dauer des Deckungsabschnitts zu entrichtende Umlage zusammen mit den übrigen zu erwartenden Einnahmen und dem verfügbaren Vermögen ausreicht, die Ausgaben während des Deckungsabschnitts sowie der sechs folgenden Monate zu erfüllen. Zum 31.12.2005 wurde ein Überschuss von 320 Millionen € zum Ende des Deckungsabschnitts am 31.12.2007 prognostiziert.

Einnahmen

Versorgungskonto I
Abrechnungsverband West

Seit 1. Januar 2002 beträgt der Umlagesatz 7,86 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Hinzu kommt ein Sanierungsgeld in Höhe von 2 % aller im Jahr 2001 versicherten Entgelte. Das Umlageaufkommen zuzüglich der Sanierungsgelder war im Jahr 2005 mit rund 3.980 Millionen € (Vorjahr: 3.985 Mio. €) leicht rückläufig (-0,14 %).

Seit 1. Januar 2004 beträgt der Umlagesatz 1 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Das Umlageaufkommen lag bei rund 155 Millionen € gegenüber rund 152 Millionen € im Vorjahr (Anstieg um 2 %).

Versorgungskonto I
Abrechnungsverband Ost

Versorgungskonto II Beiträge

Seit dem 1. Januar 2004 wird im Abrechnungsverband Ost die Finanzierung schrittweise auf ein kapitalgedecktes System übergeleitet. Zu diesem Zweck werden zusätzlich zur Umlage Beiträge zum Kapitaldeckungsverfahren erhoben. Den Beitrag in Höhe von 1 % des Zusatzversorgungspflichtigen Entgelts tragen Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte. Das Beitragsaufkommen betrug rund 117,6 Millionen € (Vorjahr: 117,2 Mio. €).

Versorgungskonto II Gegenwerte

Scheidet ein Arbeitgeber aus der VBL aus und werden die über ihn angemeldeten Pflichtversicherungen deshalb beendet, besteht ein Anspruch der VBL auf Zahlung des versicherungsmathematisch berechneten Barwerts (Gegenwert). Damit werden die hinterlassenen Anwartschaften und Ansprüche voll ausfinanziert. Die Gegenwertzahlung ist erforderlich, weil im Umlageverfahren nur die laufenden Renten durch die monatlichen Umlagezahlungen finanziert werden. Ein Kapitalstock zur Finanzierung von Renten, die nach dem Ausscheiden eines Arbeitgebers von der VBL weiterhin an seine (ehemaligen) Arbeitnehmer zu zahlen sind, ist in diesem Umlagesystem nicht aufgebaut. Deshalb bedarf es dieser Kapitalisierung der hinterlassenen Anwartschaften und Ansprüche. Die Einnahmen aus Gegenwertzahlungen beliefen sich im Jahr 2005 auf rund 269 Millionen € (Vorjahr: rund 1 Mrd. €).

Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2004

Zur Finanzierung wird – außer im Versorgungskonto II – das Umlageverfahren angewendet. Gleichwohl ist das Versorgungsmodell jedoch seit der Reform der Zusatzversorgung im Jahr 2001 auf ein kapitalgedecktes System ausgerichtet. Dementsprechend wird eine Leistung zugesagt, die sich ergeben würde, wenn 4 % des Entgelts als Beitrag in ein kapitalgedecktes System eingezahlt worden wären. Da im Umlageverfahren zur Finanzierung dieser Leistung kein Kapitalstock aufgebaut und verzinslich angelegt wird, können sich auch keine tatsächlichen Überschüsse ergeben. Daher behilft man sich mit einer versicherungstechnischen Bilanz, bei der für die Berechnung von fiktiven Überschüssen die Verzinsung der zehn nach der Bilanzsumme größten Pensionskassen unterstellt wird (§ 68 Abs. 2 VBLS). Diese ergibt sich aus dem zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Bilanz jeweils aktuellen Geschäftsbericht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Die Verzinsung lag bei 5,16 %.

Versorgungskonto I

Für den Abrechnungsverband West ergab sich ein rechnerischer Überschuss von 402,1 Millionen €. Im Abrechnungsverband Ost lag der Überschuss bei 78,5 Millionen €.

Lagebericht



Der Verantwortliche Aktuar hat vorgeschlagen, auf die Verteilung von Bonuspunkten zu verzichten und den entstandenen Überschuss in die Rückstellung für Überschussverteilung einzustellen. Hintergrund ist, dass die VBL zur Finanzierung der Rentenleistungen in der Versicherungsphase eine Kapitalrendite von 3,25 % und in der Rentenbezugsphase von 5,25 % zuzüglich 1 % zur Finanzierung der jährlichen Rentenanpassung zu erwirtschaften hat. Nach den Berechnungen des Verantwortlichen Aktuars muss deshalb für einen heutigen Anwärter über die gesamte Versicherungs- und Rentenlaufzeit eine durchschnittliche Verzinsung von mindestens 5 % erzielt werden. Das kann in der gegenwärtigen Kapitalmarktsituation nicht dauerhaft verlässlich erreicht werden.

Der Verwaltungsrat hat im Jahr 2005 keine Entscheidung über die Zuteilung von Bonuspunkten für das Geschäftsjahr 2004 getroffen.

Im Versorgungskonto II – Beiträge wurde im Jahr 2004 ein Überschuss von 1,8 Millionen € erwirtschaftet. Im Kapitaldeckungsverfahren ist eine Verlustrücklage aufzubauen. Hierzu sind mindestens 5 % des ermittelten Überschusses der Verlustrücklage zuzuführen. Die Verlustrücklage dient der Deckung von Fehlbeträgen. Sie ist satzungsmäßig zur Sicherung der Anwartschaften und Ansprüche aufzubauen, bis sie 10 % der Deckungsrückstellung erreicht hat. Im Versorgungskonto II – Gegenwerte wurde im Jahr 2004 ein Überschuss von 13,9 Millionen € erwirtschaftet.

Versorgungskonto II

Der Verwaltungsrat hat für das Versorgungskonto II beschlossen, die im Jahr 2004 entstandenen Überschüsse vollständig in die Rückstellung für Überschussbeteiligung einzustellen.

Überschüsse für das Jahr 2005

Die fiktive versicherungstechnische Bilanz für das Geschäftsjahr 2005 ergab im Abrechnungsverband West einen errechneten Überschuss von rund 383,2 Millionen €. Im Abrechnungsverband Ost lag der errechnete Überschuss im umlagefinanzierten Versorgungskonto I bei rund 54,3 Millionen €. Bei der Berechnung der Überschüsse wurde die sich aus dem Jahresbericht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht für das Jahr 2004 ergebende Verzinsung der nach der Bilanzsumme zehn größten Pensionskassen von 5,23 % unterstellt.

Aus den im Jahr 2005 geleisteten Beiträgen zum kapitalgedeckten Versorgungskonto II – Beiträge wurde ein Überschuss von rund 1,5 Millionen € erwirtschaftet. Im kapitalgedeckten Versorgungskonto II – Gegenwerte erzielte die VBL einen Überschuss von rund 10,2 Millionen €.

Bearbeitung von Leistungsfällen

Der durch die Umstellungsmaßnahmen auf das Versorgungspunktesystem entstandene Bearbeitungsrückstau konnte aufgrund der weitgehend abgeschlossenen Ermittlung der Startgutschriften bis zum Beginn des Jahres 2005 vollständig abgebaut werden. Damit ist wieder ein normaler Bearbeitungsstand erreicht. Der Bestand an offenen Rentenanträgen entspricht seither dem durchschnittlichen monatlichen Antragseingang von 4.000 bis 5.000 Erstanträgen.

Die Bearbeitungszeit von rechenreifen Erstanträgen konnte im Laufe des Berichtsjahres von rund 48 Tagen auf 23 Tage verringert werden.

Krankenversicherung der Rentner, Pflegeversicherung

Im Dezember 2005 waren für rund 767.000 kranken- und pflegeversicherungspflichtige Rentenempfänger Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner (KVdR) sowie zur Pflegeversicherung zu errechnen, einzubehalten und abzuführen.

Die Gesamtsumme der im Berichtsjahr von der VBL an die Krankenkassen abgeführten KVdR-Beiträge belief sich auf rund 514 Millionen € (Vorjahr: rund 509 Mio. €). An Beiträgen zur Pflegeversicherung waren im Berichtsjahr insgesamt rund 60,7 Millionen € (Vorjahr: rund 59 Mio. €) abzuführen.

Lagebericht

Freiwillige Versicherung.

Aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und anderer Gesetze vom 15. Dezember 2004 (Bundesgesetzblatt I, S. 3416 ff.) wurde die freiwillige Versicherung bei der VBL dem VAG unterstellt. Die entsprechenden Änderungen des VAG traten zum 21. Dezember 2004 in Kraft. Seither finden auf den Abrechnungsverband der freiwilligen Versicherung die Regelungen des VAG für regulierte Pensionskassen entsprechend Anwendung (§ 1a Abs. 2 VAG).

[Wechsel der Zuständigkeit in der Aufsicht](#)

Im Zuge dieser gesetzlichen Änderungen wurde auch die Aufsichtszuständigkeit auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) übertragen. Damit fällt unter anderem die Genehmigung von Änderungen der allgemeinen Versicherungsbedingungen AVBextra und AVBdynamik in die Zuständigkeit der BaFin. Bezüglich der Pflichtversicherung verbleibt es dagegen bei der Zuständigkeit des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) als Aufsichtsbehörde.

Für die Erfüllung der Anforderungen des VAG besteht eine Übergangsfrist bis zum 23. September 2010. Mit wenigen Ausnahmen werden die Anforderungen des VAG bereits jetzt voll erfüllt. So hat die VBL im Jahr 2005 ein Meldewesen aufgebaut, das den Anforderungen der §§ 55 ff. VAG und der Versicherungsberichterstattungsverordnung (BerVersV) entspricht, und berichtet auf dieser Grundlage an die BaFin. Die Anlagegrundsätze für das gebundene Vermögen nach § 54 VAG i. V. m. der Anlageverordnung (AnIV) fanden bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes auf die Vermögensanlage der freiwilligen Versicherung Anwendung (§ 22 Abs. 3 AVBextra und § 19 Abs. 2 AVBdynamik).

Die Produkte **VBLextra** und **VBLdynamik** waren den Neuregelungen des am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Alterseinkünftegesetzes anzupassen. Hauptgegenstand dieses Gesetzes ist der schrittweise Übergang von der vorgelagerten auf die nachgelagerte Besteuerung von Alterseinkommen. Darüber hinaus enthält das Alterseinkünftegesetz auch Neuregelungen für die betriebliche Altersversorgung und die Riesterförderung (Stichworte: Portabilität, Teilkapitalauszahlung, Abfindungsverbot). Alle diese Änderungen waren bei der Neugestaltung der Produkte zu berücksichtigen und in einer entsprechenden Änderung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen und der Technischen Geschäftspläne umzusetzen.

[Produktentwicklung](#)

Der Bestand an Versicherungsverträgen ist im Vergleich zum Vorjahr um 26,8 % auf rund 100.000 Verträge gestiegen. Das Durchschnittsalter der Versicherten lag bei der **VBLextra** bei 42,2 und bei der **VBLdynamik** bei 41,2 Jahren. Beide Produkte befinden sich noch in der Aufbauphase – die **VBLextra** wurde 2002 und die **VBLdynamik** 2003 eingeführt.

[Versicherte](#)

Verträge	2005	2004	Veränderung
von aktiv Versicherten	91.849	76.356	+20,3 %
von beitragsfrei Versicherten	7.493	1.967	+280,9 %
Gesamt	99.342	78.323	+26,8 %

Rentner

Am Ende des Berichtsjahres bezogen 188 Leistungsempfänger monatliche Renten aus der **VBL**extra. Aus der **VBL**dynamik wurden noch keine Renten gezahlt.

Leistungen

Die VBL zahlte im Jahr 2005 Leistungen aus der freiwilligen Versicherung in Höhe von rund 35.400 € (Vorjahr: rund 5.400 €). Der durchschnittliche monatliche Rentenbetrag aus der **VBL**extra liegt bei 17,35 €.

Einnahmen

Die Beitragseinnahmen haben sich um 17,8 % auf etwa 55 Millionen € erhöht. Dies ist insbesondere auf das positive Neugeschäft zurückzuführen.

Einnahmen	2005 Tsd. €	2004 Tsd. €	Veränderung
VBL extra	50.227	43.372	+15,8 %
VBL dynamik	4.547	3.123	+45,6 %
Gesamt	54.774	46.495	+17,8 %

Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2004

Überschüsse werden jährlich zum Jahresende für das vorangegangene Jahr festgestellt. Ende des Jahres 2005 entschied der Verwaltungsrat über die Verwendung von Überschüssen, die im Jahr 2004 auf der Grundlage einer versicherungstechnischen Bilanz ermittelt wurden.

VBLextra

Für die **VBL**extra hat der Verantwortliche Aktuar einen Rohüberschuss von rund 2,6 Millionen € ermittelt. Von diesem Rohüberschuss wurden 2 Millionen € dazu verwendet, die Verlustrücklage weiter zu stärken.

Die Verlustrücklage ist Teil der Eigenmittelausstattung. Sie dient der Deckung von Fehlbeträgen. Versicherungsaufsichtsrechtlich ist die VBL verpflichtet, die Verlustrücklage bis 23. September 2010 bis zur Höhe der Soll-Solvabilität aufzubauen.

Der verbleibende Überschuss wurde der Rückstellung für Überschussbeteiligung zugeführt. Diese dient in erster Linie der Verbesserung der

Lagebericht

Leistungen. Das Kapital kann für eine spätere Zuteilung von Bonuspunkten an Versicherte sowie für die Leistung eines Gewinnzuschlags von bis zu 20 % an Rentner verwendet werden. Mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde darf es auch zur Deckung von Fehlbeträgen herangezogen werden, wenn die Verlustrücklage hierfür nicht ausreicht.

In der **VBL**extra ist für alle ab 1. Januar 2004 abgeschlossenen Verträge ein Gewinnzuschlag für die Leistungen ab 1. Januar 2005 vorgesehen (AVB 02). Der Verwaltungsrat hat auf Empfehlung des Verantwortlichen Aktuars beschlossen, bis zum 31. Dezember 2007 diesen Gewinnzuschlag in Höhe von 20 % zu leisten. Im Übrigen wird der in der Rückstellung für Überschussbeteiligung verbleibende Betrag nicht für Leistungserhöhungen verwendet, sondern auf das Folgejahr vorgetragen.

Für die **VBL**dynamik hat der Verantwortliche Aktuar einen Rohüberschuss von rund 50.800 € ermittelt. 5 % dieses Gewinns wurden der Verlustrücklage zugeführt. Der verbleibende Gewinn wurde der Rückstellung für Überschussbeteiligung zugeführt.

VBLdynamik

Die versicherungstechnische Bilanz für das Geschäftsjahr 2005 ergab für die **VBL**extra einen Überschuss von rund 262,7 Tsd. €.

Überschüsse für das Jahr 2005

Für die **VBL**dynamik wurde ein Überschuss von rund 233,3 Tsd. € erwirtschaftet.

Ertragslage.

Aufwendungen und Erträge	2005 Mio. €	2004 Mio. €	Veränderung
Erträge			
Umlagen, Sanierungsgelder, Beiträge ¹⁾	4.349,3	4.335,8	+0,3 %
Kapitalerträge	544,8	481,8	+13,1 %
¹⁾ einschließlich Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge sowie Überleitungen	4.894,1	4.817,6	+1,6 %
Aufwendungen			
Leistungen ²⁾	4.117,5	4.031,8	+2,1 %
Kapitalaufwendungen	75,0	166,5	-55,0 %
²⁾ Zahlungen für Leistungen einschließlich Überleitungen	4.192,5	4.198,3	-0,1 %
Saldo der übrigen Aufwendungen und Erträge	-259,6	-207,4	+25,2 %
Jahresüberschuss	442,0	411,9	+7,3 %

Jahresüberschuss

Informationstätigkeit.

Internetauftritt

Am 20. Juli 2005 ging das neue Internetportal der VBL online. Unter www.vbl.de können Versicherte und Arbeitgeber täglich rund um die Uhr aktuelle Informationen abrufen, Formulare herunterladen und Informationsmaterial bestellen. Die Internet-Seiten der VBL sind barrierefrei gemäß den BITV-Richtlinien und der Initiative Bund online erstellt und ermöglichen damit auch Menschen mit Behinderung eine Nutzung des **VBL**portals.

Außerdem berichten wir in unserem **VBL**newsletter regelmäßig über aktuelle Entwicklungen und Wissenswertes auf dem Gebiet der betrieblichen Altersvorsorge. Er gibt Hinweise und Tipps zur Absicherung des Lebensstandards im Ruhestand und informiert unsere Versicherten und die beteiligten Arbeitgeber zeitnah über Dienstleistungen und Produkte aus unserem Hause. Seit der ersten Ausgabe des **VBL**newsletters im Dezember 2004 wurde inzwischen, im März 2006, die 8. Ausgabe an über 17.000 Abonnenten versandt.

Pflichtversicherung

Im Februar 2005 haben wir rund 1,75 Millionen Versicherte über die Höhe ihrer zum 31. Dezember 2003 erreichten Versorgungspunkte und die sich daraus ergebende Anwartschaft auf Betriebsrente wegen Alters informiert. Durch die jährlichen Versicherungsnachweise haben unsere Versicherten eine wesentlich größere Planungssicherheit für ihre Altersvorsorge.

Für die beteiligten Arbeitgeber haben wir 59 Informationsveranstaltungen durchgeführt, an denen rund 1.500 Sachbearbeiter der Personal-, Vergütungs-, und Lohnstellen teilgenommen haben. Daneben wurden zwei Informationsschriften für Personalsachbearbeiter und ein Informationsblatt zur Pflichtversicherung – **VBL**klassik – herausgegeben.

Freiwillige Versicherung

Während des gesamten Jahres wurden bei ca. 80 Arbeitgebern, Einrichtungen und Dienststellen Informationsveranstaltungen zur freiwilligen Versicherung durchgeführt, an denen rund 3.500 Beschäftigte teilnahmen. Neben der Vorstellung unserer Produkte stand besonders die Information über die Möglichkeiten der steuerlichen Förderung (Riester-Förderung und Entgeltumwandlung) beim Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge im Vordergrund.

Zusätzlich stehen unseren Kunden von Montag bis Freitag in der Zeit von 8:00 Uhr bis 16:30 Uhr und donnerstags in der Zeit von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr unsere Mitarbeiter im Service-Center beratend zur Seite. Um auch in stark frequentierten Zeiten als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen, arbeitet die VBL mit einem externen Call-Center zusammen, das das Service-Center unterstützt.

Lagebericht

Von Anfang September bis Mitte Oktober wurden in sechs verschiedenen Städten die VBL-Herbsttagungen für Arbeitgeber durchgeführt. Thema waren die wesentlichen Grundzüge der Pflichtversicherung und der freiwilligen Versicherung. Das Interesse an diesen Informationsveranstaltungen war so groß, dass trotz des Angebots von vier zusätzlichen Terminen nicht alle Nachfragen erfüllt werden konnten. Insgesamt besuchten über 1.100 Teilnehmer von 600 bis 700 verschiedenen Arbeitgebern die Veranstaltungen. Die Resonanz war sowohl hinsichtlich der Organisation und Durchführung als auch hinsichtlich der Inhalte sehr positiv.

[Herbsttagung](#)

Im August 2005 haben wir mit Unterstützung der Fachhochschule Pforzheim eine erste Markt- und Kundenanalyse durchgeführt. Rund 1.000 Pflichtversicherte und 400 freiwillig Versicherte wurden in Telefoninterviews zur VBL und ihren Produkten befragt.

[Kundenbefragung](#)

Durch Kundenbefragungen können wir den Bekanntheitsgrad der VBL und die Kundenzufriedenheit ermitteln. Die Ergebnisse dienen dazu, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung unserer Serviceleistungen abzuleiten. Um den qualitativen Erfolg dieser Maßnahmen zu messen und die Marktsituation zu prüfen, soll die Kundenbefragung in regelmäßigen Abständen wiederholt werden. Die Auswertung erfolgt anonym. Bei einer künftigen Befragung sollen auch die an der VBL beteiligten Arbeitgeber berücksichtigt werden.

Die aus der ersten Befragung gewonnenen Erkenntnisse konnten inzwischen bei verschiedenen Mailing-Aktionen dazu genutzt werden, einzelne Zielgruppen bedarfsgerecht anzuschreiben. Zukünftig werden alle Erstversicherten nach ihrer Anmeldung Informationen über die VBL und ihre betriebliche Altersversorgung erhalten.

Im Oktober und November 2005 informierten wir unsere Pflichtversicherten über die Änderungen und die zu erwartenden Lücken in der gesetzlichen Rentenversicherung. Auch wenn unsere Versicherten durch die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes bereits besser im Alter versorgt sind als viele andere Arbeitnehmer, empfiehlt sich eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung. Bundesweit haben wir über 925.000 Pflichtversicherte, die noch keine freiwillige Versicherung abgeschlossen hatten, angeschrieben. Davon sprachen wir rund 271.000 Versicherte im Alter zwischen 25 und 50 Jahren gezielt auf die staatliche Förderung der Entgeltumwandlung an, über 654.000 Versicherte (ohne Abrechnungsverband Ost) im Alter zwischen 17 und 50 Jahren auf die Riester-Förderung.

[Informationen zur Riester-Förderung und Entgeltumwandlung](#)

Gleichzeitig haben wir 4.734 Arbeitgebern, die ihren Mitarbeitern nach dem Tarifvertrag die Möglichkeit der Entgeltumwandlung mit der VBL anbieten können, ein entsprechendes Informationspaket zugesandt. Mit 111 beteiligten Arbeitgebern konnten wir neue Rahmenvereinbarungen zur Entgeltumwandlung treffen.

Organisation und Informationstechnik – IT.

Organisation

Zu den Aufgaben des Bereichs Organisation gehören unter anderem das zentrale Projektmanagement für alle Vorhaben der VBL sowie das Organisations- und Beschaffungsmanagement.

Mit dem Projektmanagement soll die Transparenz von Aufgaben, Terminen und Ressourcen erhöht werden. Ziel ist es, über eine zentrale Steuerung des gesamten Projektportfolios parallele und schwierige Entwicklungen in den verschiedenen Vorhaben frühzeitig zu erkennen und zu steuern. Ein Projektleitfaden sowie die Projektkoordination sind seit August 2005 veröffentlicht und werden im Praxisbetrieb bei der VBL derzeit erprobt.

Der Aufgabenschwerpunkt der Organisation lag im Berichtsjahr in der verantwortlichen Umsetzung der Ergebnisse der im Jahr 2004 abgeschlossenen Organisationsuntersuchung „IT-Strategie für die Bereiche Versicherung und Leistung, freiwillige Versicherung sowie Organisation und Datenverarbeitung“.

Informationstechnik

Die Schwerpunkte der IT-Abteilung lagen im Jahr 2005 in der Anpassung der Softwarelösungen an die gesetzlichen Änderungen, in der Optimierung der bestehenden Geschäftsprozesse durch eine verbesserte IT-Unterstützung und in der Vorbereitung der Neuausrichtung der IT-Systeme der VBL.

Zu den Änderungen, die in den Softwaresystemen der VBL umgesetzt werden mussten, gehörten z. B. die Satzungsänderungen, die Umstellung auf den TVöD, das Zulageverfahren Ost, die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der Pflegeversicherung, das Versichertenmeldewesen und die Gegenwertermittlung auf Basis des neuen Rechts.

Die Optimierung der Geschäftsprozesse wurde durch den Einsatz des elektronischen Kontoauszuges, der Verbesserung des Dokumentenmanagements (Archivsystems), der Neustrukturierung des User Help Desks und der Zusammenlegung von Datenbanksystemen erreicht.

Die Neuausrichtung der VBL und die Änderungen der Satzung machen die Neuentwicklung eines einheitlichen IT-Systems notwendig. Die vorhandenen Systeme haben die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht. Für diese Neuausrichtung der IT-Systeme der VBL wurden im Jahr 2005 die technischen Voraussetzungen im Rechenzentrum und in der Verfahrenstechnik geschaffen.

Lagebericht

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die VBL beschäftigte zum Jahresende 950 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 960), davon sind

- 140 Teilzeitbeschäftigte
- 72 Altersteilzeitbeschäftigte und
- 101 Angestellte in zeitlich befristeten Arbeitsverhältnissen.

Die VBL bietet 49 verschiedene Teilzeitmodelle an. Von 15,6 Wochenstunden aufwärts ist nahezu jeder Zeiteanteil in verschiedenen Wochentagskombinationen wählbar. Bei der Umrechnung der — einschließlich Altersteilzeitfällen — insgesamt 212 Teilzeitstellen in Vollzeitstellen ergibt sich zum Jahresende 2005 eine Anzahl von 836 Vollzeitstellen. Diese Zahl ist inzwischen weiter rückläufig und liegt zum Ende Oktober 2006 bei 785 Vollzeitstellen.

Wie in den vergangenen Jahren wurden mit neuen Mitarbeitern verstärkt befristete Arbeitsverträge abgeschlossen, um den Personalbestand flexibel an den künftigen Bedarf anpassen zu können.

Mit Einführung des neuen Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) zum 1. Oktober 2005 sind alle am Stichtag 30. September 2005 bestehenden Beschäftigungsverhältnisse nach den Regelungen des Überleitungstarifvertrages (TVÜ-Bund) in das neue Tarifwerk des TVöD übergeleitet worden.

Umfangreiche interne und externe Schulungen trugen dazu bei, unsere Beratungs- und Serviceleistungen zu verbessern und unsere Mitarbeiter für neue Anforderungen am Arbeitsplatz zu qualifizieren. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ruhenden Arbeitsverhältnissen, insbesondere während der Zeiten der Kindererziehung, können an Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen. Auf diese Weise wird die berufliche Qualifikation erhalten und der spätere Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtert.

Im Jahr 2005 wurden zu verschiedenen Themenbereichen des Versicherungs- und Leistungsrechts der Zusatzversorgung für unsere Mitarbeiter 133 interne und 165 externe Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt.



Rechtliche Rahmenbedingungen.

Satzungsänderungen.

6. Satzungsänderung

Mit der 6. Satzungsänderung, beschlossen am 17. Juni 2005, wurde hauptsächlich das Alterseinkünftegesetz vom 5. Juli 2004 in der Satzung sowie den Allgemeinen Versicherungsbedingungen der **VBL**extra und der **VBL**dynamik umgesetzt.

Bislang war in der Pflichtversicherung eine leistungserhöhende Berücksichtigung von Altersvorsorgezulagen der Versicherten nicht vorgesehen. Da die seit 2004 entrichteten Arbeitnehmerbeiträge zur Kapitaldeckung in der Pflichtversicherung im Abrechnungsverband Ost steuerlich förderfähig sind, musste in der Satzung die Möglichkeit geschaffen werden, auch für die Altersvorsorgezulagen Versorgungspunkte zu erwerben. Außerdem wurde die Abfindungsregelung geändert und eine Regelung für die schädliche Verwendung der geförderten Beiträge und zur Teilkapitalauszahlung neu eingefügt. Der neu in das Betriebsrentengesetz (§ 4 Abs. 3 BetrAVG) aufgenommene Anspruch auf Übertragung der unverfallbaren Anwartschaften nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis wurde ebenso in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVBextra, AVBdynamik) umgesetzt.

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat als Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 1. März 2006 die 6. Satzungsänderung hinsichtlich der Abschnitte, die die Pflichtversicherung betreffen, genehmigt. Im Bereich der freiwilligen Versicherung wurden von der BaFin noch Änderungen ange-regt, die inzwischen in die vom Verwaltungsrat am 28. Juni 2006 beschlossene Neufassung der Versicherungsbedingungen für die freiwillige Versicherung eingeflossen sind. Die abgestimmte Fassung liegt der BaFin vor.

7. Satzungsänderung

Ebenfalls am 17. Juni 2005 hat der Verwaltungsrat die 7. Satzungsänderung beschlossen. Diese regelt die Umverteilung der Sanierungsgelder mit dem Ziel einer belastungsgerechteren Verteilung des Finanzierungsaufwands. Die Sanierungsgelder werden erhoben, um den zusätzlichen Finanzbedarf, der sich aus der Schließung des Gesamtversorgungssystems und dem Wechsel zum Punktemodell ergibt, zu decken. Allerdings war in den letzten Jahren eine Entwicklung festzustellen, bei der Beteiligte der VBL mit einem in der Regel guten Verhältnis der Aufwendungen zu den Rentenlasten unter Hinweis auf den Finanzierungsaufwand für die Zusatzversorgung und eine ungerechte Lastenverteilung ihre Beteiligung bei der VBL gekündigt haben oder erkennen ließen, dass sie eine Kündigung beabsichtigen. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, wurde eine belastungsgerechtere Verteilung des Sanierungsgelds beschlossen. Durch die Verteilung der Sanierungsgelder entsprechend der Rentenlast ergibt sich eine größere Finanzierungsgerechtigkeit. Beteiligte mit einer

Lagebericht

höheren Rentenlast beteiligen sich in größerem Umfang als bisher an der Finanzierung. Umgekehrt zahlen Beteiligte mit einer niedrigeren Rentenlast weniger oder gar kein Sanierungsgeld.

Die Aufsichtsbehörde hat die 7. Änderung der VBL-Satzung am 31. Oktober 2006 genehmigt.

Gerichtliche Entscheidungen.

Im Berichtszeitraum waren vor dem Amtsgericht 145 Klagen und dem Landgericht 143 Klagen erhoben worden. Zum 31. Dezember 2005 waren insgesamt 2.426 Verfahren vor den staatlichen Gerichten anhängig.

[Verfahren vor den staatlichen Gerichten](#)

Das Amtsgericht hat 99 Klagen gegen die VBL abgewiesen und 8 Klagen stattgegeben. Das Landgericht hat in dieser Zeit 52 Klagen und 9 Berufungen von Versicherten abgewiesen. In 109 Fällen hat es den Klagen und in 15 Fällen den Berufungen der Versicherten sowie in 3 Fällen den Berufungen der VBL entsprochen. Die stattgebenden Urteile betrafen hauptsächlich Klagen gegen die Startgutschriften. Die VBL hat in allen Fällen Berufung zum Oberlandesgericht Karlsruhe bzw. Revision zum Bundesgerichtshof eingelegt.

Vor dem Oberlandesgericht Karlsruhe waren zum Jahresende 229 Berufungsverfahren und beim Bundesgerichtshof 95 Revisionen anhängig, die im Wesentlichen die bereits genannten Klagen gegen die Startgutschriften betreffen.

Im Berichtszeitraum hat das Schiedsgericht über 142 Klagen und das Oberschiedsgericht über 27 Berufungen entschieden. In 139 bzw. 27 dieser Verfahren hat die VBL obsiegt. Zum 31. Dezember 2005 waren 275 Klagen beim Schiedsgericht und 25 Berufungen beim Oberschiedsgericht anhängig.

[Verfahren vor den Schiedsgerichten](#)

157 Klagen zum Schiedsgericht gegen Mitteilungen der VBL in Versicherungs- und Leistungsangelegenheiten wurden nach einer Aufklärung über die Sach- und Rechtslage von den Klägern zurückgenommen. In weiteren 26 Fällen hat die VBL den Klagen vor der Abgabe an das Schiedsgericht abgeholfen.

Im Jahr 2005 war ein Neuzugang von 737 Klagen zum Schiedsgericht zu verzeichnen, was zu einem Gesamtbestand von 5.018 Verfahren geführt hat. Die Vielzahl der bestehenden Klagen resultiert aus der Neuordnung der Zusatzversorgung im Jahre 2002 und der Ermittlung der Startgutschriften. Die Mehrzahl dieser Klagen wurde im Einvernehmen mit den Klägern zurückgestellt, bis die bereits bei den oberen staatlichen Gerichten anhängigen Verfahren entschieden sind.

Startgutschriften

Am 22. September 2005 hatte das Oberlandesgericht Karlsruhe in 16 Fällen über Klagen gegen die Startgutschriften Pflichtversicherter rentenferner Jahrgänge entschieden. Das Gericht war der Auffassung, dass die Übergangsregelungen, auf denen die Startgutschriften beruhen, gegen höherrangiges Recht verstoßen. Die Startgutschriften seien deshalb nicht verbindlich. Die Reform des Leistungssystems hat das OLG grundsätzlich nicht beanstandet. Außerdem führte das Gericht weiter aus, dass „kein Anspruch auf die Feststellung eines bestimmten (höheren) Wertes“ der Startgutschrift bestehe. Es sei Sache der Tarifvertragsparteien, die Regelungen zur Startgutschrift unter Beachtung des höherrangigen Rechts neu zu gestalten.

Die VBL hat gegen diese Urteile rechtliche Bedenken und hat deshalb Revision zum Bundesgerichtshof eingelegt. Entgegen der Auffassung des Oberlandesgerichts Karlsruhe ist aus Sicht der VBL die Entscheidung der Tarifvertragsparteien, für die Berechnung der verdienten Rentenanwartschaften auf § 18 BetrAVG (Betriebsrentengesetz) zurückzugreifen, nicht zu beanstanden. Außerdem ist festzustellen, dass das Gericht das vorgelegte Zahlenmaterial zum Teil falsch verwendet hat.

Berücksichtigung von Mutterschutzzeiten

Der Bundesgerichtshof hat mit Urteil vom 1. Juni 2005 (IV ZR 100/02) für eine Versicherte der VBL entschieden, dass die Mutterschutzzeiten bei der Berechnung der Anwartschaft auf eine Versicherungsrente nach § 44 VBL-Satzung alter Fassung wie Umlagemonate zu werten sind. Das Gericht hat, wie zuvor bereits der Europäische Gerichtshof in gleicher Sache (Urteil vom 13. Januar 2005, C-356/03), in der Nichtberücksichtigung von Mutterschutzzeiten bei der Ermittlung der Rentenanswartschaft einen Verstoß gegen europäisches Recht gesehen.

Die VBL hat die Tarifvertragsparteien gebeten, Verhandlungen aufzunehmen, um die Fragen, die sich aus der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs für die Zusatzversorgung ergeben, tarifvertraglich umzusetzen.

Schwebende Verfahren

Vor dem Beschluss des Verwaltungsrats über die 7. Satzungsänderung ist bei der VBL eine als Pilotverfahren konzipierte Klage gegen die bisherige Verteilung der finanziellen Belastungen auf die Beteiligten eingegangen. Unter Hinweis auf die mit der 7. Satzungsänderung voraussichtlich verbundene Erledigung der Klage haben die Anwälte der Gegenseite im Einvernehmen mit der VBL das Ruhen des Verfahrens beantragt. Im Dezember 2005 haben etwa 1.700 Beteiligte aus dem kommunalen und dem kirchlichen Bereich sowie sonstige Beteiligte eine Rückzahlung der seit 2002 angeblich zu viel gezahlten Sanierungsgelder beantragt und sich dabei auf die genannte Klage berufen. Für die Beträge aus dem Jahr 2002 drohte mit Ablauf des Jahres 2005 Verjährung einzutreten. Die VBL hält die geltend gemachten Ansprüche für rechtlich nicht begründet. Um

Lagebericht

eine große Anzahl von Klagen in den letzten Tagen des Jahres 2005 zu vermeiden, hat sich die VBL zunächst bereit erklärt, befristet bis zum 30. Juni 2006 auf die Einrede der Verjährung zu verzichten. Der Verjährungsverzicht wurde inzwischen bis zum 31. Januar 2007 verlängert.

Eine Reihe von in den Jahren 2002 und 2003 ausgeschiedenen Beteiligten aus dem Bereich der Sozialversicherungsträger haben die Berechnung des Gegenwerts unter Anwendung der mit Wirkung vom 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Neuregelungen in § 23 VBLS beanstandet. Da diese Arbeitgeber bisher nur Abschlagszahlungen auf die geltend gemachte Gegenwertforderung erbracht haben, hat die VBL in drei Fällen Zahlungsklage eingereicht. Es handelt sich dabei um Musterprozesse, an deren Ausgang sich im Rahmen von Prozessvereinbarungen insgesamt 40 Arbeitgeber angeschlossen haben.

Gegenwertprozesse

Vermögensanlagen.

Das zur Kapitalanlage zur Verfügung stehende Vermögen, einschließlich der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten erhöhte sich im Jahr 2005 um 9,8 % auf 10,4 Milliarden €.

Kapitalanlagen

	2005 Mio. €	2004 Mio. €	Veränderung
Kapitalanlagen			
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, Bauten	279,1	269,9	+3,4 %
Beteiligungen	65,8	65,8	0,0 %
Sonstige Kapitalanlagen	8.925,9	9.132,9	-2,3 %
	9.270,8	9.468,6	-2,1 %
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten	1.121,2	–	
Gesamt	10.392,0	9.468,6	+9,8 %

Die verfügbaren Mittel haben wir überwiegend in Investmentfonds bzw. als Direktanlagen in Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen von Emittenten guter bis sehr guter Bonität investiert. Zur Sicherung der monatlichen Rentenzahlungen lag ein weiterer Schwerpunkt der Vermögensanlage bei den kurzfristigen Geldanlagen.

Neuanlagen

Im Investmentfondsbereich wurden Spezialfondsmandate bzw. Spezialfondssegmente im Rahmen von Master-Kapitalanlagegesellschaften aufgestockt bzw. neu dotiert. Teilweise wurden auch Spezialfondsanteile bzw. Anteile an Spezialfondssegmenten zurückgegeben.

Auftrag der Fondsmanager ist es, die mit ihnen vereinbarten Benchmarks unter Einhalten von Risikovorgaben zu übertreffen. Dies ist im Jahr 2005 im Wesentlichen gelungen.

Derivate

Derivate Finanzinstrumente nutzen wir zur Absicherung und Steuerung des Zinsrisikos. Zu diesem Zweck haben wir im Direktanlagebestand Zinsswaps und Forwards eingesetzt. Daneben sind strukturierte Produkte in Form von Darlehen und Namensschuldverschreibungen im Bestand.

Immobilien

Die Kapitalanlage in Immobilien findet durch Direktanlagen sowie durch Engagements in Immobilienspezialfonds statt. Bei der Direktanlage beschränken wir uns im Wesentlichen auf Immobilien aus dem Bereich der Wohnungswirtschaft und der Sozialimmobilien in Deutschland. Zur besseren Risikostreuung wird über Immobilienfonds indirekt auch in andere Segmente investiert.

Zum 31. Dezember 2005 befanden sich in unserem Bestand 340 Wirtschaftseinheiten mit 658 Gebäuden und 15.428 Wohnungen sowie 593 Gewerbeeinheiten. Die bewirtschaftete Fläche beträgt insgesamt rund 1.065.000 qm. Im Zuge des Portfoliomanagements wird der gegenwärtige Bestand Schritt für Schritt umgebaut. Einerseits werden Objekte in dezentralen Lagen und nicht mehr wirtschaftlich zu betreibende Immobilien zukünftig verstärkt veräußert, andererseits wird in nachhaltig zu bewirtschaftende zukunftsträchtige Standorte investiert.

Im Jahr 2005 wurden deshalb Wohnanlagen in Hanau, Beckum und Buxtehude verkauft. Neu erworben wurden eine Wohnanlage in Potsdam, ein Altenpflegeheim in Ludwigsburg sowie eine Wohnanlage in Frankfurt/Main. Für das Jahr 2006 sind weitere Aktivitäten zur Umschichtung des Immobilienportfolios in Vorbereitung.

Risikomanagement, Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung.

Ein funktionierendes Risikomanagement dient nicht nur der Früherkennung möglicher negativer Entwicklungen der wirtschaftlichen Lage, sondern auch der Früherkennung von Chancen, die genutzt werden sollten.

Um eine Früherkennung und Steuerung von Risiken zu gewährleisten, ist es Aufgabe der Fachbereiche, aktuelle Entwicklungen zu verfolgen, den hauptamtlichen Vorstand über anstehende Änderungen frühzeitig zu unterrichten und Reaktionsmöglichkeiten vorzuschlagen. Dies betrifft anstehende Änderungen in der Gesetzgebung ebenso wie erforderliche organisatorische Maßnahmen oder die Entwicklung der Kapitalanlagen.

Lagebericht



Die laufende Prüfung der Risiken im Jahr 2005 ergab, dass für den Fortbestand der VBL keine gefährdenden Risiken bestanden. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind auch in der Zukunft keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Im Jahr 2005 wurde das Risikomanagement der VBL neu organisiert und die Abteilung „Risikomanagement Kapitalanlagen“ eingerichtet. Auf Basis einer Studie aus dem Jahre 2004 wurden somit erste wichtige Schritte zur umfassenden Überwachung der Kapitalanlagenrisiken getätigt.

Risikomanagement Kapitalanlagen

Um eine Früherkennung und Steuerung von Risiken zu gewährleisten, hat die VBL im Jahre 2005 wichtige aufsichtsrechtliche Bestimmungen zur Risikosteuerung, wie sie für die freiwillige Versicherung gelten, auf die gesamte VBL ausgedehnt. Zur schnellen Quantifizierung von Risiken wurden mit Hilfe eines Beratungsmandats statistische Überwachungsmethoden der Kapitalanlagen (z. B. Value at Risk) eingeführt und im Laufe des Jahres von der VBL weiter ausgebaut und verbessert. Zur Sicherung höherer Zinsen bzw. Zinserträge wurden Zinssicherungsgeschäfte und Forwardgeschäfte (Derivate) sowie strukturierte Produkte abgeschlossen. Die Risiken daraus werden in regelmäßigem Abstand durch das Risikomanagement überwacht und an den hauptamtlichen Vorstand bzw. an den gemeinsamen Ausschuss des Vorstands und des Verwaltungsrats für Finanz- und Vermögensfragen berichtet.

Mit der Erstellung eines Pflichtenhefts für die Ausschreibung einer umfassenden Risikomanagementsoftware wurde Ende 2005 der Grundstein für das zukünftige Risikomanagement gelegt. Das System soll bis Ende 2006 im Einsatz sein und die Überwachung der Kapitalanlagen nach modernsten Kenntnissen ermöglichen.

Neben dem bestehenden Risikomanagement für die Kapitalanlagen wird in der VBL derzeit ein übergreifendes strategisches Risikomanagement eingeführt, das alle Bereiche der VBL abdecken soll.

Übergreifendes Risikomanagement

Zu den einzelnen Risikokategorien können wir Folgendes berichten:

Versicherungstechnische Risiken Zinsgarantierisiko

In der Pflichtversicherung wurde mit dem Tarifvertrag Altersversorgung (ATV) vom 1. März 2002 das Gesamtversorgungssystem zum 31. Dezember 2001 geschlossen und durch das Versorgungspunktesystem ersetzt. In diesem System ergeben sich Versorgungspunkte für das zusatzversorgungspflichtige Entgelt, für soziale Komponenten und als Bonuspunkte. Den Versorgungspunkten liegt ein Rechnungszins von 3,25 % in der Anwartschaftsphase und von 5,25 % in der Rentenbezugsphase zu Grunde, der in den Altersfaktoren enthalten ist. Zusätzlich werden die Renten um 1 % jährlich erhöht.

In der kapitalgedeckten freiwilligen Versicherung wurde der Rechnungszins für das Neugeschäft ab 2004 auf 2,75 % gesenkt. Dies entsprach der zum 1. Januar 2004 geänderten Deckungsrückstellungsverordnung, die auf die freiwillige Versicherung Anwendung findet (§ 22 Abs. 2 AVB-extra und § 19 Abs. 2 AVBdynamik).

Biometrische Risiken

Die Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes verwenden als biometrische Rechnungsgrundlage die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck und zwar sowohl für die Pflichtversicherung als auch für die freiwillige Versicherung.

Bisherige versicherungsmathematische Untersuchungen bestätigten, dass die biometrischen Risiken des Versichertenbestands der VBL von den Annahmen der Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck ausreichend erfasst werden.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen

Die überwiegende Zahl der an der VBL beteiligten Arbeitgeber sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, über deren Vermögen das Insolvenzverfahren unzulässig ist. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Beteiligten ist in der umlagefinanzierten Pflichtversicherung auch deshalb noch relativ gering. Gleichwohl ist es nicht ganz auszuschließen. Die VBL-Gremien werden sich daher noch näher mit dieser Thematik befassen.

Sollten beteiligte Arbeitgeber mehr als drei Monate in Zahlungsverzug sein, besteht die Möglichkeit der fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Durch die Kündigung entsteht gegen den ausscheidenden Arbeitgeber ein Anspruch auf Zahlung des versicherungsmathematisch berechneten Gegenwertes. Mit diesem werden die hinterlassenen Anwartschaften und Renten voll ausfinanziert.

In der freiwilligen Versicherung ist das Risiko des Ausfalls von Forderungen gegenüber Arbeitgebern (Gruppenversicherungsvertrag) oder Arbeit-

Lagebericht

nehmern nicht zuletzt wegen der Finanzierung im Kapitaldeckungsverfahren als gering zu bewerten. Hier werden die Versicherungsverträge beitragsfrei gestellt, wenn die Versicherungsnehmerin / der Versicherungsnehmer mit der Beitragszahlung für drei Monate in Verzug ist und den Rückstand nicht innerhalb einer von der VBL gesetzten Frist ausgleicht.

Die VBL legte im Jahr 2005 ihr gesamtes Vermögen nach den Anlagegrundsätzen für das gebundene Vermögen von Versicherungsunternehmen an (§ 54 VAG i.V.m. der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen – Anlageverordnung). Danach ist das Vermögen so anzulegen, dass möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht werden. Auf eine möglichst große Sicherheit der Kapitalanlage wird besonderer Wert gelegt.

Risiken aus Kapitalanlagen

Aktien werden in Fonds gehalten und von externen Managern verwaltet. Die externen Manager sind in Master-Kapitalanlagegesellschaften zusammengefasst. Das ermöglicht eine Absicherung der Aktienquote über Overlay-Segmente.

Das Zinsrisiko wurde über derivative Finanzinstrumente gesteuert. Zusätzlich lassen wir über Asset-Liability-Studien für die verschiedenen Abrechnungsverbände der VBL detaillierte Analysen der Risiken auf der Aktiv- und Passivseite sowie des Verhältnisses beider Seiten zueinander erstellen. Die Ergebnisse dieser Studien sind ausschlaggebend für die Festlegung unserer Anlagepolitik.

Nach der Tarifeinigung für den Bereich des Bundes und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) vom 9. Februar 2005 erhalten alle Beschäftigten des Bundes und der VKA-Mitglieder im Tarifbereich West für die Jahre 2005 bis 2007 eine Einmalzahlung in Höhe von jeweils 300 €. Eine lineare Einkommenserhöhung erfolgt nicht. Auch der neue TVöD hat Einfluss auf die künftige Entgeltentwicklung, da er eine geänderte Vergütungsstruktur vorsieht. Die konkreten Auswirkungen auf die Höhe der Vergütung und damit auf die Finanzierung der Zusatzversorgung wurden inzwischen in einem versicherungsmathematischen Gutachten ermittelt.

Finanzierungsrisiken

Aufgrund des prognostizierten Überschusses von 320 Millionen € zum Ende des Deckungsabschnitts am 31.12.2007 ist aus Sicht des Vorstands zum 31.12.2005 ein Finanzierungsrisiko nicht gegeben.

Im Abrechnungsverband Ost wirkt sich die Tarifeinigung auf die Regelung zur Überleitung auf das Kapitaldeckungsverfahren aus. Danach ist die Höhe des Beitrags zum Kapitaldeckungsverfahren von der Anhebung des allgemeinen Bemessungssatzes Ost abhängig. Derzeit beträgt der

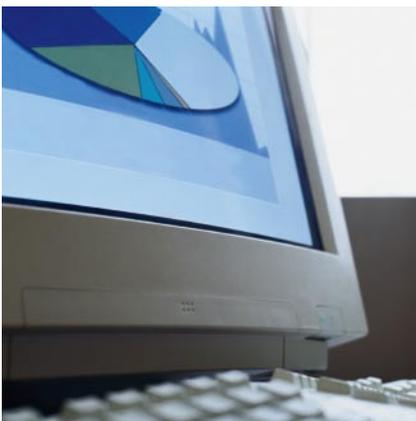
Beitragssatz 1 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Er erhöht sich für jeden Prozentpunkt, um den der allgemeine Bemessungssatz Ost über den Bemessungssatz von 92,5 % angehoben wird, um 0,4 Prozentpunkte. Erreicht der Bemessungssatz 97 %, steigt der Beitragssatz auf den Höchstsatz von 4 %.

Nach dem Tarifabschluss vom 9. Februar 2005 wird der Bemessungssatz Ost im Bereich des Bundes zunächst nicht angehoben. Im Bereich der VKA steigt der Bemessungssatz Ost derzeit jährlich zum 1. Juli der Jahre 2005 bis 2007 um jeweils 1,5 %. Für die Länder besteht kein neuer Tarifvertrag. Wegen der unterschiedlichen Regelungen ist noch zu klären, wie zukünftig die Anhebung der Beiträge im Kapitaldeckungsverfahren auf 4 % erfolgen soll.

Chancen

Die VBL hat im Jahr 2005 wieder mehr beteiligte Arbeitgeber gewonnen als verloren. Die Anzahl der Kündigungen ging weiter deutlich zurück. Die 7. Satzungsänderung hat außerdem dazu geführt, dass Beteiligte von einer zunächst noch beabsichtigten Kündigung der Beteiligung Abstand genommen haben. Aufgrund der jetzt vorliegenden Genehmigung der Satzungsänderung gehen wir deshalb davon aus, dass dieser Trend anhält und Abwanderungen dauerhaft gestoppt, zumindest aber weiter verringert werden können. Damit wird die solidarische Finanzierung der VBL auch weiterhin langfristig gesichert. Die Beteiligten und die VBL selbst profitieren von der besseren Planungssicherheit bei der Finanzierung der Zusatzversorgung.

Durch das Alterseinkünftegesetz wurde eine deutliche Vereinfachung der Riester-Rente erreicht, was sich auch in den deutlich gestiegenen Neuabschlüssen widerspiegelt. Außerdem wird das Thema Rentenlücke bzw. zusätzliche private Vorsorge derzeit ausführlich in den Medien behandelt. Die VBL rechnet deshalb damit, dass sich der positive Trend bei den Neuabschlüssen der freiwilligen Versicherung fortsetzen wird.



Lagebericht

Ausblick.

Die 7. Satzungsänderung führt zu mehr Finanzierungsgerechtigkeit und wirkt daher Abwanderungstendenzen von Beteiligten entgegen. Außerdem werden mit der belastungsgerechteren Verteilung des Sanierungsgeldes auch effektiv Änderungen im Versichertenbestand von Beteiligten erfasst (Austrocknungsfälle).

Verteilung des Sanierungsgeldes

Nach der Erarbeitung der neuen Organisationsstruktur haben wir Anfang 2006 mit der Umsetzung begonnen. Die bisherige Struktur wurde aufgegeben, und es wird ein völlig neuer Aufbau geschaffen, der dem Service- und Beratungsgedanken besser Rechnung trägt. So werden Kundenservice- und Kundenberatungsteams geschaffen, um den Versicherten eine einheitliche Betreuung in allen Fragen der betrieblichen Altersversorgung zu bieten. Mit der Einführung eines Key-Account-Managements wird gleichzeitig die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern intensiviert. Außerdem werden komplexe und bereichsübergreifende Aufgaben in Kompetenzzentren gebündelt. Diese grundlegende Neugestaltung verlangt von unseren Mitarbeitern ein großes Maß an Flexibilität und Leistungsbereitschaft. Es entstehen neue Stellen mit veränderten Aufgabenbereichen und Profilen, die auf Basis eines modernen Auswahlverfahrens bis September 2006 besetzt werden sollen. Gleichzeitig findet die Qualifizierung der Führungs- und Fachkräfte für die neuen Aufgaben statt. Wir gehen davon aus, dass die ersten organisatorischen Änderungen bis November 2006 abgeschlossen sein werden.

Neuausrichtung der VBL

Mit der Neuausrichtung passt sich die VBL den Anforderungen einer modernen Verwaltung an. Mit effizientem Service und kompetenter Beratung werden wir uns den beteiligten Arbeitgebern und den Versicherten als moderner Dienstleister präsentieren. Damit werden wir die Kundenzufriedenheit deutlich erhöhen und eine engere Bindung zwischen der VBL und ihren Kunden erreichen.

Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung

Angesichts der aktuellen Entwicklungen in der gesetzlichen Rentenversicherung nimmt die Bedeutung der betrieblichen Altersvorsorge weiterhin zu. Aber noch immer können viele Beschäftigte die Auswirkungen auf ihre eigene Altersversorgung nicht einschätzen. Dies hat die durchgeführte Markt- und Kundenanalyse deutlich gezeigt. Auch ist die Alterssicherung durch die VBL noch nicht hinreichend bekannt.

Vornehmliche Aufgabe der VBL im Jahr 2006 wird es deshalb weiterhin sein, ihren Bekanntheitsgrad zu steigern und durch breite Information und Aufklärung die bei ihr pflichtversicherten Arbeitnehmer von der Notwendigkeit der zusätzlichen betrieblichen Altersversorgung zu überzeugen und für eine freiwillige Versicherung der VBL zu gewinnen. Die VBL wird sich hierbei unmittelbar an die Versicherten wenden, aber auch die beteiligten Arbeitgeber bei ihrer Tätigkeit für die betriebliche Altersversorgung unterstützen.



Jahresabschluss

Auf richtigem Kurs. Der Jahresabschluss 2005.

Angaben zur Rechnungslegung.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2005 wurde nach dem Gesetz zur Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Versicherungsunternehmen (VersRiLiG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) erstellt. Die Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formvorschriften der RechVersV unter Berücksichtigung besonderer Gegebenheiten der VBL. Auf die freiwillige Versicherung finden ab dem Geschäftsjahr 2005 die Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) für regulierte Pensionskassen entsprechend Anwendung.

Rechtsgrundlage

Pflichtversicherung und freiwillige Versicherung sind eigene Aufgabebereiche mit getrennter Verwaltung von Aufwendungen, Erträgen und Kapitalanlagen (§ 59 VBLS).

Satzungsvorschriften

Der Bereich Pflichtversicherung ist weiter zu unterteilen in einen umlagefinanzierten Bereich (Versorgungskonto I - § 64 Abs. 7 VBLS) und einen kapitalgedeckten Bereich (Versorgungskonto II - § 66 Abs. 3 VBLS).

Nach § 61 Abs. 5 VBLS sind im Versorgungskonto I die Aufwendungen und Erträge sowie das Vermögen weiter zu unterteilen in die Abrechnungsverbände West und Ost.





Im Versorgungskonto II werden Ansprüche und Anwartschaften geführt, die auf Beiträgen (§ 66 VBLS) bzw. Gegenwerten (§ 23 Abs. 5 VBLS) beruhen, welche auf Grund der mit Wirkung vom 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Satzung neuer Fassung geleistet wurden. Da Gegenwerte bereits Verlustrücklage und Verwaltungskosten enthalten, diese im beitragsbezogenen Bereich jedoch erst aus den jährlichen Überschüssen aufgebaut werden müssen, ist das Versorgungskonto II in eine beitragsbezogene bzw. gegenwertsbezogene Kapitaldeckung zu unterteilen.

Aufbau der Finanzbuchhaltung

Die Finanzbuchhaltung ist so aufgebaut, dass für die Bereiche Pflicht- und freiwillige Versicherung sowie für die Versorgungskonten I und II innerhalb der Pflichtversicherung jeweils eine eigene Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erstellt wird. Die Trennung nach den Abrechnungsverbänden West und Ost innerhalb des Versorgungskontos I wird durch die Erstellung getrennter Gewinn- und Verlustrechnungen sowie einen separaten Ausweis der Vermögensanteile beider Abrechnungsverbände gewährleistet.

Jahresabschluss



Der Geschäftsbericht bezieht sich auf den konsolidierten Jahresabschluss. Ebenso beziehen sich die Erläuterungen des Anhangs grundsätzlich auf den konsolidierten Abschluss. Um bei der Berichterstattung Klarheit und Übersichtlichkeit zu wahren und zugleich den in der Satzung gestellten Forderungen gerecht zu werden, wird jede Position der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung in Form einer Segmentberichterstattung in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 3 (DRS3) in die oben aufgeführten Bereiche untergliedert.

Ausweis im Geschäftsbericht

Die Verwaltungskosten werden getrennt nach Personal- und Sachausgaben in Anlehnung an die für die Bundesverwaltung geltenden Grundsätze im Verwaltungskostenhaushalt geführt. Haushaltsvoranschlag, Nachtragshaushalte und Überschreitungen bedürfen der Genehmigung durch das Bundesministerium der Finanzen als Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Mehrzahl der an der VBL beteiligten Länder.

Verwaltungskosten

Gemäß § 43 RechVersV sind die Verwaltungsaufwendungen anteilig der Gewährung von Leistungen, dem Versicherungsbetrieb und der Verwaltung von Kapitalanlagen zuzuordnen und so auch in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen. Die Ermittlung der jeweiligen Anteile erfolgt über die Kostenrechnung.

Bilanz zum 31. Dezember 2005.

Aktiva	2005		Vorjahr	
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände		1.662.645,00		2.042.552,00
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	279.059.808,92		269.949.230,46	
II. Beteiligungen	65.813.748,12		65.813.748,12	
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile	3.769.724.680,22		3.652.328.186,55	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	366.982.741,62		111.496.422,37	
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	266.331.342,65		301.306.154,37	
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	2.157.256.386,10		2.182.290.765,73	
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.365.646.673,33		2.352.783.412,12	
	4.522.903.059,43		4.535.074.177,85	
5. Einlagen bei Kreditinstituten	–	9.270.815.380,96	532.700.000,00	9.468.667.919,72
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern		3.334.819,43		1.292.928,34
D. Forderungen				
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	1.174.850.933,05		1.241.520.131,16	
II. Sonstige Forderungen	30.846.384,29	1.205.697.317,34	17.233.173,41	1.258.753.304,57
E. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte	3.589.450,24		3.683.800,15	
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	1.259.208.429,35	1.262.797.879,59	94.903.178,87	98.586.979,02
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	83.560.153,82		94.175.975,08	
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	1.274.784,63	84.834.938,45	73.209,58	94.249.184,66
Summe der Aktiva		11.829.142.980,77		10.923.592.868,31

Jahresabschluss

Passiva	2005		Vorjahr	
	€	€	€	€
A. Rücklagen				
I. Verlustrücklagen				
1. Pflichtversicherung	224.383.736,00		190.208.066,00	
2. Freiwillige Versicherung	4.643.668,93		2.031.388,49	
	229.027.404,93	229.027.404,93	192.239.454,49	192.239.454,49
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pflichtleistungen des Versorgungskontos I				
Abrechnungsverband West	6.473.295.204,56		6.198.543.215,90	
Abrechnungsverband Ost	1.367.406.635,51		1.227.013.042,65	
	7.840.701.840,07		7.425.556.258,55	
II. Deckungsrückstellungen				
1. Deckungsrückstellung für				
a) Pflichtversicherung	2.325.329.960,00		2.023.809.219,68	
b) Freiwillige Versicherung	124.920.046,55		71.619.675,35	
	2.450.250.006,55		2.095.428.895,03	
2. Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	1.105.930.055,46		1.058.670.946,69	
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	8.500.000,00		12.910.000,00	
IV. Rückstellung für Beitragserstattungen und Rückzahlungen von Umlagen und Beiträgen	67.490.000,00		46.974.000,00	
V. Rückstellung für Überschussbeteiligung				
1. Pflichtversicherung	27.459.161,00		15.713.548,00	
2. Freiwillige Versicherung	1.578.883,97		1.082.817,31	
	29.038.044,97		16.796.365,31	
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	1.236.948,51	11.503.146.895,56	1.492.911,58	10.657.829.377,16
C. Versicherungstechnische Rückstellungen soweit Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern		3.334.819,43		–
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.106.473,00		4.680.172,00	
II. Sonstige Rückstellungen	7.934.983,66	12.041.456,66	6.887.931,63	11.568.103,63
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	21.565.257,47		34.380.419,46	
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–		11.001.262,86	
III. Sonstige Verbindlichkeiten	35.821.538,72	57.386.796,19	16.070.011,56	61.451.693,88
F. Rechnungsabgrenzungsposten		24.205.608,00		504.239,15
Summe der Passiva		11.829.142.980,77		10.923.592.868,31

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter der Position B. II. Ziffer 1 (Passiva) ausgewiesene Deckungsrückstellung nach den genehmigten Technischen Geschäftsplänen berechnet worden ist.

Pflichtversicherung (Buchstabe a):
München, den 15. Mai 2006

Der Verantwortliche Aktuar
Dr. Bode

Freiwillige Versicherung (Buchstabe b):
Köln, den 4. Mai 2006

Der Verantwortliche Aktuar
Engbroks

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005.

(konsolidiert)	2005		Vorjahr	
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Umlageaufkommen				
a) Umlagen, Sanierungsgeld und Beiträge	4.307.424.328,65		4.301.108.702,11	
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	41.069.100,19		33.170.364,03	
c) Erträge aus Überleitungen	759.251,21	4.349.252.680,05	1.566.234,18	4.335.845.300,32
2. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	–		1.491.335,50	
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	108.837.790,99		107.934.127,48	
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	410.473.398,18		353.247.996,17	
	519.311.189,17		461.182.123,65	
c) Erträge aus Zuschreibungen	11.091.623,34		1.679.401,33	
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	14.180.147,57	544.582.960,08	17.389.095,40	481.741.955,88
3. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen		288.964,72		73.593,67
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge		29.526.245,02		49.676.721,81
5. Aufwendungen für Leistungen				
a) Leistungen				
aa) Zahlungen für Anstaltsleistungen	4.117.169.285,35		4.030.749.042,34	
bb) Verwaltungsaufwendungen	39.223.010,44		39.491.896,56	
	4.156.392.295,79		4.070.240.938,90	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	-3.994.000,00		-16.915.000,00	
c) Aufwendungen für Überleitungen	363.177,40	4.152.761.473,19	1.026.683,59	4.054.352.622,49
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung	184.477.156,31		172.410.632,78	
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	19.844.036,93	204.321.193,24	5.446.974,79	177.857.607,57
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)		20.289.214,05		20.380.570,13
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	63.102.834,21		62.339.709,13	
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	10.542.614,90		43.557.255,89	
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.328.137,94	74.973.587,05	60.582.838,71	166.479.803,73
9. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen		–		–
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		22.776.285,25		20.595.719,25
11. Versicherungstechnisches Ergebnis		448.529.097,09		427.671.248,51

Jahresabschluss

(konsolidiert)	2005		Vorjahr	
	€	€	€	€
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge	7.497.947,30		1.484.069,26	
2. Sonstige Aufwendungen	1.827.817,68	5.670.129,62	926.658,04	557.411,22
3. Jahresergebnis vor Veränderung der Rückstellungen für Überschussbeteiligung		454.199.226,71		428.228.659,73
4. Veränderung der Rückstellungen für Überschussbeteiligung		-12.241.679,66		-16.308.408,90
5. Jahresüberschuss		441.957.547,05		411.920.250,83
6. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen		-421.662.537,59		-400.180.341,97
7. Veränderung der Verlustrücklage		-20.295.009,46		-11.739.908,86

Karlsruhe, den 2. Juni 2006

Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

Die hauptamtlichen Vorstandsmitglieder

Thiel

Stebel

Peters



Ein verlässlicher Partner für die betriebliche Altersvorsorge.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze.

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten bewertet, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen. Als Nutzungsdauer werden in der Regel fünf Jahre zu Grunde gelegt.

Die Grundstücke sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt, vermindert um die planmäßigen nutzungsbedingten Abschreibungen, und zwar bei Mietwohnobjekten linear über eine Nutzungsdauer von 50 Jahren, bei (teil-) gewerblich genutzten Anwesen von 40 Jahren und bei Garagen von 20 Jahren. Bei beweglichem Anlagevermögen wird ebenfalls linear abgeschrieben, unter Zugrundelegung einer Nutzungsdauer von fünf Jahren.

Die Beteiligungen und Namensschuldverschreibungen werden zum Anschaffungswert bewertet. Zero-Namensschuldverschreibungen werden mit ihrem Anschaffungswert zuzüglich der jeweils auf Grund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten Zinsforderung bewertet. Es befinden sich strukturierte Produkte in Form von Darlehen und Namensschuldverschreibungen im Bestand, die einheitlich mit den derivativen Bestandteilen bilanziert werden. Die strukturierten Zero-Darlehen bzw. -Namensschuldverschreibungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Optionsprämien werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und nach strengem Niederstwertprinzip wie Umlaufvermögen bewertet.

Investmentanteile, die dazu bestimmt wurden, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, sind unter Anwendung der Regelung des § 341b HGB nach dem für das Anlagevermögen geltenden gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die übrigen Investmentanteile, Aktien sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden nach dem Niederstwertprinzip mit Wertaufholung bewertet. Danach sind Wertpapiere zum Börsenkurswert am Bilanzstichtag, höchstens jedoch zu den ursprünglichen Anschaffungskosten bewertet.

Die Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sowie die Schuldscheinforderungen und Darlehen sind mit dem Nominalwert angesetzt. Agien und Disagien werden im Jahr der Begebung abgegrenzt und





jährlich anteilig auf die Laufzeit verteilt. Zero-Schuldscheinforderungen werden mit ihrem Anschaffungswert zuzüglich der jeweils auf Grund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten Zinsforderung bewertet.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern werden mit dem Zeitwert bilanziert.

Forderungen werden zu Nennwerten bilanziert, dubiose Forderungen angemessen wertberichtigt.

Guthaben bei Kreditinstituten werden mit dem Nennwert angesetzt.

Verlustrücklagen sind gemäß den Vorschriften der Satzung und der technischen Geschäftspläne für alle kapitalgedeckten Bereiche zu bilden. Die Ermittlung der Verlustrücklagen zu den Stichtagen erfolgt durch Gutachten der Aktuarien, entsprechend den Satzungsvorschriften und den von der Aufsicht genehmigten technischen Geschäftsplänen.

Deckungsrückstellungen – einschließlich eines Barwerts für Verwaltungskosten während der Leistungsphase – sind für das kapitalgedeckte „Versorgungskonto II“ der Pflichtversicherung sowie für die freiwillige Versicherung zu bilden. Die Höhe der jeweiligen Deckungsrückstellung ergibt sich aus den von den Aktuarien zu den Stichtagen erstellten versicherungstechnischen Bilanzen.

Die Rückstellungen für Pflichtleistungen des Versorgungskontos I entsprechen den Vermögen, die zur Erfüllung der Leistungsverpflichtungen in Abrechnungsverbänden West und Ost zur Verfügung stehen. Sie werden durch Zuführung bzw. Entnahme des Jahresergebnisses im jeweiligen Abrechnungsverband verändert. Diese Rückstellungen dürfen die erforderliche Kapitaldeckung für Ansprüche und Anwartschaften aus den bis 31. Dezember 1977 geleisteten Beiträgen nicht unterschreiten.

Rückstellungen für Beträge nach § 23 Abs. 2 d. S. a. F. aus vor dem 1. Januar 2002 beendeten Beteiligungen, Rückstellungen für Beträge nach § 22 Abs. 3 Satz 4 VBLS sowie Rückstellungen für Leistungen gemäß § 2b des Überleitungsabkommens werden in Anlehnung an das Überleitungsabkommen unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen fünfzehnjährigen Rentenrestlaufzeit (früher zwölf Jahre) bzw. nach versicherungsmathematischen Vorgaben vorgenommen.

Die Rückstellungen für Überschussbeteiligung ergeben sich aus den von den Aktuarien erstellten Gutachten für die kapitalgedeckten Bereiche.

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag bewertet. Der Ausweis der aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten erfolgt zu Nennwerten.

Anhang

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz (Aktiva).

Anlagegitter Entwicklung der Aktivposten A I – B III	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Umbu- chungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Zuschrei- bungen Tsd. €	Abschrei- bungen Tsd. €	Bilanzwerte Geschäfts- jahr Tsd. €	Zeitwert Geschäfts- jahr Tsd. €
A I Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	2.043	771	–	–	–	1.151	1.663	–
B I Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	269.949	20.468	–	2.290	–	9.067	279.060	–
B II Beteiligungen	65.814	–	–	–	–	–	65.814	80.567
B III Sonstige Kapitalanlagen								
1. Aktien, Investmentanteile	3.652.328	1.591.560	–	1.484.959	11.092	296	3.769.725	4.448.268
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	111.496	364.896	–	109.410	–	–	366.983	377.613
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	301.306	–	–	34.975	–	–	266.331	–
4. Sonstige Ausleihungen								
a) Namensschuldverschreibungen	2.182.291	366.352	–	391.386	–	–	2.157.256	2.323.879
b) Schuldscheinforderungen, Darlehen	2.352.783	330.445	–	317.582	–	–	2.365.647	2.489.660
5. Einlagen bei Kreditinstituten	532.700	9.575.800	–	10.108.500	–	–	–	–
Summe B III	9.132.905	12.229.053	–	12.446.812	11.092	296	8.925.942	
insgesamt	9.470.710	12.250.292	–	12.449.102	11.092	10.514	9.272.478	

Zum 31. Dezember 2005 wurde für die einzelnen Anlagearten der Zeitwert mit den Börsenwerten zum Bilanzstichtag angesetzt; bei den Beteiligungen wurde ein Abschlag in Höhe von 10 % vorgenommen. Die ausweispflichtigen Bewertungsreserven und die stillen Lasten stellen sich bei den Bilanzposten „Sonstige Ausleihungen“ wie folgt dar:

Sonstige Ausleihungen	Bewertungsreserven Tsd. €	stille Lasten Tsd. €	Bewertungsreserven abzüglich stille Lasten Tsd. €
Namensschuldverschreibungen	167.862	1.239	166.623
Schuldscheinforderungen, Darlehen	125.601	1.588	124.013

Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um käuflich erworbene Software-Produkte für die im Hause eingesetzte Informationstechnologie.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten

Von dem Zugang in Höhe von 20.468 Tsd. € entfallen 4.379 Tsd. € auf Wohn- und andere Bauten und 16.089 Tsd. € auf unfertige Bauten. Im Berichtszeitraum wurden eine Wohnanlage in Potsdam und in Frankfurt/Main sowie ein Altenpflegeheim in Ludwigsburg erworben. Drei Mietwohnobjekte in Hanau, Beckum und Buxtehude wurden veräußert.

Zusammensetzung	31.12.2005 Tsd. €	31.12.2004 Tsd. €
Geschäftsbauten	12.551	13.287
Wohn- und andere Bauten	247.698	250.353
unfertige Bauten	18.811	6.309
	279.060	269.949

Bei den Geschäftsbauten handelt es sich um Verwaltungsgebäude der VBL.

Beteiligungen

Es handelt sich um eine Beteiligung an den DEPFA Beteiligungs-Holdings.

Aktien, Investmentanteile

Der Anteil der Aktien beläuft sich auf 29.324 Tsd. €, der Anteil der Investmentanteile auf 3.740.401 Tsd. €. Bei den Investmentanteilen handelt es sich um Anteile an Spezialfonds mit unterschiedlichen Anlagekonzepten; die VBL hält sämtliche Anteile der Fonds. Die Spezialfonds wurden zum 31.12.2005 mit einem Betrag von insgesamt 295,7 Tsd. € auf den niedrigeren Zeitwert abgeschrieben.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Zusammensetzung	31.12.2005 Tsd. €	31.12.2004 Tsd. €
Pfandbriefe	62.234	71.644
Inhaberschuldverschreibungen	304.749	39.852
	366.983	111.496

Anhang

Der Nominalwert des Wertpapierbestands betrug 367.366 Tsd. €. Eine Bewertung der Wertpapiere zum Börsenkurs am 31. Dezember 2005 ergäbe einen Betrag in Höhe von 377.613 Tsd. €.

Es handelt sich um erstrangige Darlehen gegen Grundpfandrechte, die der Finanzierung von Wohngebäuden und sozialen Einrichtungen dienen.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Darlehen an Versicherte zur Finanzierung von Wohngebäuden werden treuhänderisch von der Aareal Bank AG verwaltet.

Zusammensetzung	31.12.2005 Tsd. €	31.12.2004 Tsd. €
Namenspfandbriefe		
öffentlich-rechtliche Hypothekenbanken	1.491.076	1.474.474
private Hypothekenbanken	526.180	392.125
Kreditinstitute im europäischen Ausland	140.000	40.000
Namenskommunalobligationen	–	275.692
	2.157.256	2.182.291

Namenschuldverschreibungen

Zusammensetzung	31.12.2005 Tsd. €	31.12.2004 Tsd. €
Bundesländer	212.000	240.347
öffentlich-rechtliche Kreditinstitute	490.500	455.000
privatrechtliche Kreditinstitute	1.623.147	1.467.436
Kreditinstitute im europäischen Ausland	40.000	190.000
	2.365.647	2.352.783

Schuldscheinforderungen und Darlehen

Die bisherige Praxis, kurzfristige Gelder in Form von Fest- und Termingeldern anzulegen, war während des Berichtsjahres in die Anlage auf höherverzinslichen Geldmarktkonten geändert worden. Diese sind beim Umlaufvermögen als laufende Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen.

Einlagen bei Kreditinstituten

Bei diesem Betrag handelt es sich im Wesentlichen um Kapitalanlagen der freiwilligen fondsgebundenen Rentenversicherung **VBL**dynamik. Der Fonds enthält 17.789.182 Anteile an einem Aktienfonds und 5.332.458 Anteile an einem Rentenfonds.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Zusammensetzung	31.12.2005 Tsd. €	31.12.2004 Tsd. €
Umlageforderungen aus der Pflichtversicherung	74.085	40.893
Forderungen aufgrund von Überleitungen	107	145
Forderungen aufgrund von Gegenwerten	721.744	822.481
Forderungen nach § 2b des Überleitungsabkommens	78.247	78.756
Forderungen aus der Übergangsversorgung	28	14
Rentenzahlungsvorschüsse	300.635	299.231
Sonstige Forderungen	5	–
	1.174.851	1.241.520

Die Rentenvorschüsse betreffen die im Voraus für den Monat Januar 2006 gezahlten Leistungen. Die Laufzeiten der Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft betragen durchweg weniger als ein Jahr.

Sonstige Forderungen

Zusammensetzung	31.12.2005 Tsd. €	31.12.2004 Tsd. €
Erstattung Kapitalertragsteuer	837	815
fällige Forderungen aus der Ausschüttung auf Fonds-Vermögen	22.903	3.289
fällige Zins- und Tilgungsforderungen an Banken	2.744	7.033
fällige Mietforderungen	3.150	3.905
Personaldarlehen für Wohnraumbeschaffung	108	115
Personalschüsse	177	184
Erstattungsansprüche aus Versicherungen	218	737
Verschiedenes	709	1.155
	30.846	17.233

Die rückständigen Mietforderungen in Höhe von 3.099 Tsd. € wurden um 1.239 Tsd. € pauschal wertberichtigt.

Bei der Position „Verschiedenes“ handelt es sich im Wesentlichen um Dividendenforderungen aus DEPFA-Beteiligungen sowie um offene Forderungen an ausgeschiedene Arbeitgeber aus verauslagten Honoraren für Gegenwertberechnungen.

Bei den Personaldarlehen handelt es sich um Grundschuldforderungen mit einem Zinssatz von 4,5 %; die vereinbarten Laufzeiten betragen

Anhang

durchschnittlich 25 Jahre. Die Personalvorschüsse sind zinslos und haben eine Laufzeit von maximal 20 Monaten. Die Laufzeiten der übrigen sonstigen Forderungen betragen durchweg weniger als 1 Jahr.

Die bisherige Praxis, kurzfristige Gelder in Form von Fest- und Termingeldern anzulegen, war während des Berichtsjahres in die Anlage auf höherverzinslichen Geldmarktkonten geändert worden. Diese sind beim Umlaufvermögen als laufende Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten

Zusammensetzung	31.12.2005 Tsd. €	31.12.2004 Tsd. €
noch nicht fällige anteilige Zinsen aus Kapitalanlagen	81.183	91.662
noch nicht fällige anteilige Zinsen aus Gegenwertforderungen	1.576	1.950
noch nicht durchgeführte Betriebskostenabrechnungen aus dem Grundstücksbereich	801	564
	83.560	94.176

Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus Gegenwerten resultieren aus einem gestundeten Gegenwert.

Bei dem Betrag handelt es sich um im Voraus zu begleichende Verbindlichkeiten aus dem Bereich des Verwaltungskostenhaushalts sowie um Disagien bei Schuldscheindarlehen in Höhe von 1.123 Tsd. €.

Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten



Erläuterungen zu Positionen der Bilanz (Passiva).

Verlustrücklage

Für die kapitalgedeckten Bereiche „Versorgungskonto II“ und „freiwillige Versicherung“ sind gemäß VBL-Satzung Verlustrücklagen in Höhe von 10 % der Deckungsrückstellung zu bilden. Die Veränderung der Rücklagen erfolgt durch Beschluss der hauptamtlichen Vorstandsmitglieder auf der Grundlage von Gutachten und Vorschlägen der Aktuare.

Rückstellungen für Pflichtleistungen des Versorgungskontos I

Die Rückstellung für den umlagefinanzierten Bereich der Pflichtleistungen (Versorgungskonto I) ergibt sich aus der Differenz zwischen vorhandenen Vermögenswerten und den übrigen nicht auf künftigen Pflichtleistungen beruhenden Verbindlichkeiten. Diese Rückstellung muss gemäß § 61 Abs. 2 VBLS mindestens dem Deckungskapital für Ansprüche und Anwartschaften entsprechen, soweit diese auf den bis Dezember 1977 geleisteten Beiträgen beruhen.

Durch das Ausscheiden von Beteiligten waren Barwerte für Ansprüche und Anwartschaften in Höhe von rd. 6,5 Mio. € aus dieser Rückstellung auf das Versorgungskonto II zu übertragen. Die dadurch reduzierte Rückstellung für Pflichtleistungen war zum 31.12.2005 um das Jahresergebnis des Versorgungskontos I auf 7.840,7 Mio. € zu erhöhen. Dabei entfallen 6.473,3 Mio. € auf den Abrechnungsverband West und 1.367,4 Mio. € auf den Abrechnungsverband Ost.

Zusammensetzung	31.12.2005 Tsd. €	31.12.2004 Tsd. €
Stand am Ende des Vorjahres	7.425.556	7.044.455
Übertrag auf Versorgungskonto II	-6.517	-19.079
Zuweisung aus dem Überschuss	421.663	400.180
Stand am Ende des Geschäftsjahres	7.840.702	7.425.556

Deckungsrückstellung

Neben der Deckungsrückstellung für die freiwillige Versicherung und für Gegenwerte von nach dem 31.12.2001 ausgeschiedenen Beteiligten ist eine Deckungsrückstellung für Beiträge zum Kapitaldeckungsverfahren im Abrechnungsverband Ost zu bilden. Die zu den Bilanzstichtagen erforderlichen Deckungsrückstellungen – einschließlich künftiger Verwaltungskosten – werden in Form von Gutachten von den jeweils zuständigen Aktuaren ermittelt.

Im Berichtsjahr war für das Versorgungskonto II die Deckungsrückstellung für Gegenwerte gemäß versicherungstechnischer Bilanz zum 31.12.2005 um 181,4 Mio € auf 2.089,8 Mio € zu erhöhen. Die Deckungsrückstellung für Beiträge war gemäß versicherungstechnischer Bilanz zum 31.12.2005 um 120,1 Mio € auf 235,5 Mio € zu erhöhen.

Anhang

Die Rückstellung für Gegenwerte war für nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Gegenwerte zu bilden, welche von Beteiligten geleistet wurden, die bis 31. Dezember 2001 ausgeschieden sind. Sie ist dem Versorgungskonto I zuzurechnen.

Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge

Hatte eine andere Zusatzversorgungskasse Versicherte der VBL unter den Voraussetzungen des § 2b des Überleitungsabkommens übernommen, hatte die übernehmende Zusatzversorgungskasse einen Ausgleichsbetrag für die bei der VBL verbleibenden Rentenlasten zu entrichten.

Eine Rückstellung ist für den anteiligen Gegenwert nach § 22 Abs. 3 Satz 4 VBLS zu bilden, den ein Beteiligter zur Abwendung einer Kündigung nach § 22 Abs. 3 Satz 3 VBLS zu zahlen hat. Sie ist ebenfalls dem Versorgungskonto I zuzurechnen.

Die Höhe dieser Rückstellung orientiert sich an der Zahl der unerledigten Leistungsanträge. Da der Bestand an unerledigten Leistungsanträgen gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken ist, war diese Rückstellung entsprechend zu vermindern.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für Beitragserstattungen in Höhe von 1.190 Tsd. € (Vorjahr: 774 Tsd. €) wurde unter Berücksichtigung der Anfang 2005 noch für das Vorjahr entstandenen Aufwendungen ermittelt. Die Bemessungsgrundlage der Rückstellung für Rückzahlungen von Umlage und Beiträgen in Höhe von 66.300 Tsd. € (Vorjahr: 46.200 Tsd. €) bildet der in den letzten fünf Jahren auf Grund der Jahresrechnung entstandene durchschnittliche Aufwand.

Rückstellung für Beitragserstattungen und Rückzahlungen von Umlage und Beiträgen

Es handelt sich um die von den Aktuaren ermittelten Überschüsse aus den kapitalgedeckten Versicherungsbereichen. Über die Verwendung entscheiden Vorstand und Verwaltungsrat entsprechend den Vorschlägen der Aktuare. Im umlagefinanzierten Bereich werden eventuelle Überschüsse derzeit aus einem unterstellten Vermögen ermittelt, so dass solche Überschüsse fiktiv sind und buchhalterisch nicht ausgewiesen werden können.

Rückstellung für Überschussbeteiligung

Das zum 1. September 1994 vom Versicherungsverein der Angestellten der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein übernommene Vermögen zur Erfüllung der zugleich übernommenen Leistungsverpflichtungen wird unter Berücksichtigung der erbrachten Leistungen verzinst und entsprechend fortgeschrieben. Nach Aufzehrung des Vermögens erstattet die Bundesrepublik Deutschland monatlich die verauslagten Leistungen einschließlich Verwaltungskosten. Zum Bilanzstichtag ergab sich ein Rückstellungsbedarf von 1.237 Tsd. € (Vorjahr: 1.493 Tsd. €).

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Versicherungstechnische Rückstellungen soweit Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern

Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Rentenversicherung wird nach der retrospektiven Methode aus den Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt. Die Fondsanteile werden mit ihrem Zeitwert am Bilanzstichtag angesetzt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Diese Rückstellungen wurden gebildet für Pensionsanwartschaften von Vorstandsmitgliedern und von zur Dienstleistung bei der VBL beurlaubten Beamten sowie für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, die durch frühere Dienstverhältnisse von zur VBL beurlaubten Beamten begründet sind. Die laufenden Leistungen wurden mit dem versicherungsmathematischen Barwert, die Anwartschaften mit dem Teilwert berücksichtigt. Es wurde ein Rechnungszins von 6 % angenommen.

Sonstige Rückstellungen

Hierunter fallen Rückstellungen für die Prüfung des Jahresabschlusses, für Jubiläumszuwendungen und rückständige Urlaubsverpflichtungen sowie für Altersteilzeitbeschäftigte.

Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft

Zusammensetzung	31.12.2005 Tsd. €	31.12.2004 Tsd. €
Rückzahlung von Umlage und Beiträgen	3.168	13.466
Überleitungen	–	151
im Voraus erhaltene Umlage und Beiträge	987	698
Verbindlichkeiten aus der Übergangsversorgung gegenüber dem Finanzamt	3	50
Verbindlichkeiten aus der Übergangsversorgung gegenüber dem Bundesamt für Wehrverwaltung	17.031	19.981
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Anstaltsleistungen	376	34
	21.565	34.380

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber dem Bundesamt für Wehrverwaltung handelt es sich um eine Rückforderung aus der Jahresabrechnung, die in neuer Rechnung beglichen wurde.

Die Laufzeiten der Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft betragen ausnahmslos weniger als ein Jahr.

Anhang

Zusammensetzung	31.12.2005 Tsd. €	31.12.2004 Tsd. €
langfristige Baudarlehen	408	539
Aufwendungsdarlehen	1.635	1.764
Mieterkautionen und -darlehen	3.899	3.909
Bebauung von Grundstücken	209	334
Instandhaltung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Grundstücken	6.172	3.738
Nebenkostenvorauszahlungen aus Vermietungen	1.139	852
Sicherheiten für Gewährleistungen	279	247
im Voraus erhaltene Zins- und Tilgungsleistungen	1.024	1.626
Verbindlichkeiten aus der freiwilligen Versicherung	1.598	489
Verschiedenes	19.458	2.572
	35.821	16.070

Sonstige Verbindlichkeiten

Darin enthalten sind Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit bis zu 1 Jahr in Höhe von 24.600 Tsd. € und mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren in Höhe von 4.738 Tsd. €. Ein Betrag in Höhe von 2.043 Tsd. € ist grundpfandrechtlich abgesichert.

Bei den langfristigen Baudarlehen handelt es sich um zinsverbilligte öffentliche Mittel, die im Rahmen von Grundstücksankäufen übernommen wurden. Ferner wurde im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes der VBL ein Aufwendungsdarlehen nach dem Regionalprogramm des Bundes in Höhe von 2.935 Tsd. € gewährt, von dem im Berichtsjahr 129 Tsd. € getilgt wurden.

Die Verbindlichkeiten aus der freiwilligen Versicherung betreffen nicht zuordenbare sowie zurückzuzahlende Beiträge.

Die Position „Verschiedenes“ enthält insbesondere erhaltene Vorauszahlungen auf Gegenwertforderungen in Höhe von 10.700 Tsd. € sowie eines Ausgleichsbetrages in Höhe von 5.000 Tsd. € i. Zus. mit der Fortsetzung einer Beteiligung nach § 20 Abs. 3 VBLS. Die Beteiligten scheiden erst in 2006 aus.

Steuern in Höhe von 360 Tsd. € (Vorjahr: 387 Tsd. €), Verbindlichkeiten aus dem Bereich des Verwaltungskostenhaushalts in Höhe von 2.798 Tsd. € (Vorjahr: 1.529 Tsd. €) und Verbindlichkeiten für die Verwaltung von Kapitalanlagen in Höhe von 562 Tsd. € (Vorjahr: 621 Tsd. €) wurden im neuen Rechnungsjahr beglichen.

Diese Position beinhaltet Zinsverbindlichkeiten aus noch nicht fälligen Zinsswaps in Höhe von 23.456 Tsd. €, im Voraus für das folgende Jahr erhaltene Mieten in Höhe von 660 Tsd. € sowie Agien auf Schuldscheindarlehen in Höhe von 90 Tsd. €.

Rechnungsabgrenzungsposten

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Übersicht über die Positionen der Versicherungstechnischen Rechnung.

Umlage und Beiträge

Zusammensetzung	2005 Tsd. €	2004 Tsd. €
Pflichtversicherung		
Umlage/Beiträge für Versorgungskonto I		
Abrechnungsverband West (einschl. Sanierungsgeld)	3.980.007	3.985.490
Abrechnungsverband Ost (Umlage)	155.048	151.967
Abrechnungsverband Ost (Beiträge)	117.572	117.157
Gesamt	4.252.627	4.254.614
Umlage aus Nachversicherung nach Betriebsrentengesetz	24	–
Beiträge gemäß § 32 d. S. a. F.	-1	–
Pflichtversicherung gesamt	4.252.650	4.254.614
Freiwillige Versicherung		
Beiträge aus VBL extra	50.227	43.372
Beiträge aus VBL dynamik	4.547	3.123
Freiwillige Versicherung gesamt	54.774	46.495
Insgesamt	4.307.424	4.301.109

Seit dem 1. Januar 2004 werden im Abrechnungsverband Ost neben einer Umlage von 1 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts Beiträge von 1 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts zum Kapitaldeckungsverfahren erhoben.

Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten

Zusammensetzung	2005 Tsd. €	2004 Tsd. €
Erträge aus der Vermietung des Grundvermögens der VBL		
fremdverwaltete Objekte	91.910	92.615
eigenverwaltete Objekte	14.765	12.860
Mieterträge für die eigengenutzten Verwaltungsgebäude	2.163	2.459
	108.838	107.934

Die Mieten für die eigengenutzten Verwaltungsgebäude wurden über den Verwaltungskostenhaushalt finanziert.

Anhang

Im Berichtsjahr erfolgten keine Dividendenausschüttungen aus den DEPFA-Beteiligungen.

Erträge aus Beteiligungen

Zusammensetzung	2005 Tsd. €	2004 Tsd. €
Aktien, Wertpapiersondervmögen	160.469	123.593
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9.446	3.525
Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	16.492	19.539
Namenschuldverschreibungen	97.369	72.923
Schuldscheinforderungen und Darlehen	113.007	113.441
Einlagen bei Kreditinstituten	13.690	20.227
	410.473	353.248

Erträge aus anderen Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2005 Tsd. €	2004 Tsd. €
Veräußerung von Grundstücken	1.518	4.112
Kursgewinne aus:		
Aktien, Wertpapiersondervmögen	11.017	10.440
Inhaberwertpapieren	228	876
Namenschuldverschreibungen	442	1.075
Darlehen	975	886
	14.180	17.389

Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2005 Tsd. €	2004 Tsd. €
Zinsen für Gegenwerte	24.834	43.090
Zinsen für nachentrichtete und zu spät gezahlte Umlage	4.213	6.370
Erträge im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich	271	214
übrige Erträge	208	3
	29.526	49.677

Sonstige versicherungstechnische Erträge

Zahlungen für Anstaltsleistungen

Zusammensetzung	2005 Tsd. €	2004 Tsd. €
Betriebsrenten		
an Versicherte	3.616.648	3.536.357
an Hinterbliebene	466.571	453.039
	4.083.219	3.989.396
Sterbegelder	17.531	22.984
Abfindungen	9.715	11.784
Beitrags- und Umlageerstattungen	7.102	7.273
	4.117.567	4.031.437
Abzüglich Erträge aus Schadensersatzansprüchen (§ 50 VBLS)	398	688
	4.117.169	4.030.749

Die Anstaltsleistungen betrafen im Berichtsjahr neben Leistungen aus der freiwilligen Versicherung in Höhe von 192 Tsd. € (Vorjahr: 70 Tsd. €) die Pflichtversicherung (Versorgungskonten I und II). Der Anstieg um 86,4 Mio. € beruht hauptsächlich auf dem Zuwachs an Betriebsrenten und deren Dynamisierung.

Aus den Leistungen wurden Beiträge für die Krankenversicherung der Rentner in Höhe von 514.148 Tsd. € (Vorjahr: 509.227 Tsd. €) und zur Pflegeversicherung in Höhe von 60.696 Tsd. € (Vorjahr: 58.922 Tsd. €) abgeführt.

Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen

Neben der Veränderung der Deckungsrückstellung für die freiwillige Versicherung und für Gegenwerte von nach dem 31.12.2001 ausgeschiedenen Beteiligten, die gemäß § 23 Abs. 5 VBLS als kapitalgedeckte Ansprüche und Anwartschaften im Versorgungskonto II zu führen sind, beruht die Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen auf der für Beiträge zum Kapitaldeckungsverfahren im Abrechnungsverband Ost zu bildenden Rückstellung (§ 66 VBLS).

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Gemäß § 43 RechVersV sind die Verwaltungsaufwendungen den Anstaltsleistungen, dem Versicherungsbetrieb und der Verwaltung von Kapitalanlagen anteilig zuzuordnen. Bei den Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb handelt es sich somit um den über die Kostenrechnung ermittelten Anteil, der auf die Führung der Versicherungskonten entfällt. Die übrigen Anteile werden unter Aufwendungen für Anstaltsleistungen bzw. Aufwendungen für Kapitalanlagen ausgewiesen. Wegen der Differenzierung nach Abrechnungsverbänden und Versorgungskonten wird auf die Segmentberichterstattung verwiesen.

Anhang

Zusammensetzung	2005 Tsd. €	2004 Tsd. €
Aufwendungen für Immobilien		
Bewirtschaftung der Mietwohngrundstücke	32.241	31.861
Modernisierung der Mietwohngrundstücke	3.912	4.097
Instandhaltung der Mietwohngrundstücke	18.741	18.300
Abschreibungen auf Einrichtungen bei Mietobjekten	91	97
	54.985	54.356
Aufwendungen für übrige Kapitalanlagen		
Zinsen und Kosten für Bau- und Aufwendungsdarlehen	447	184
Leistungsentgelte für die Verwaltung von Kapitalanlagen	1.459	1.714
Kapitalertragssteuer und Solidaritätszuschlag auf Dividende aus Aktien- und Beteiligungen	–	200
	1.906	2.097
Anteilige Verwaltungsaufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen		
	6.212	5.887
	63.103	62.340

Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2005 Tsd. €	2004 Tsd. €
Grundstücke	9.067	8.972
Investmentanteile, Aktien	296	33.710
Niederschlagungen bzw. Ausbuchungen von Forderungen aus dem Bereich der Grundstücksverwaltung aus Vorjahren	1.179	875
	10.542	43.557

Abschreibungen auf Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2005 Tsd. €	2004 Tsd. €
von der VBL geleistete Beträge gem. § 2b des Überleitungsabkommens	5.043	1.168
Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich	17.127	19.319
Versorgungsaufwendungen an Versorgungseinrichtungen	604	108
sonstige Aufwendungen aus dem Umlage-, Beitrags- und Leistungsbereich	2	1
	22.776	20.596

Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen

Bei den Versorgungsaufwendungen handelt es sich um die Übertragung von Versorgungsanwartschaften an Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaften.

Sonstige Angaben

Zur Sicherung von bilanziellen Grundgeschäften (Namensschuldverschreibungen, Inhaberschuldverschreibungen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Schuldscheinforderungen und Darlehen) wurden Zinsswaps eingesetzt. Ferner wurden zur Sicherung zukünftiger Zinsen Forwardgeschäfte auf Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen abgeschlossen. Daneben sind Optionsprämien aus strukturierten Produkten bilanziert. Den Umfang und die Zusammenstellung zeigt folgende Übersicht:

Derivative Finanzinstrumente in Tsd. €					
Kategorien und Arten	Anzahl	Nominalwert	Buchwert ¹⁾	Marktwert	
				positiv	negativ ²⁾
Zinsbezogene Geschäfte					
Swappeschäfte	79	2.786.800		74.669	9.141
Forwardgeschäfte	12	130.000		21.014	
	91	2.916.800		95.683	9.141
Strukturierte Produkte					
Rohstoffoptionen	6		18.329	22.319	
	97	2.916.800	18.329	118.002	9.141

Der Bewertung liegen allgemein anerkannte Bewertungsmodelle (z. B. Black-Scholes) zugrunde.

¹⁾ Erfasst bei Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und Darlehen

²⁾ Bilden eine Bewertungseinheit mit einem entsprechenden Grundgeschäft, somit ist keine Drohverlustrückstellung erforderlich

Anhang

Übersicht über die Positionen der Nichtversicherungstechnischen Rechnung.

Zusammensetzung	2005 Tsd. €	2004 Tsd. €
Zinserträge aus Bankguthaben in laufender Rechnung	5.427	254
Erträge aus der Verminderung der Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (ohne Zinsanteil)	542	33
Erträge aus der Verminderung der Rückstellung für rückständige Urlaubsverpflichtungen	110	120
Erträge aus der Verminderung der Rückstellung für Jubiläumswendungen	–	7
Wertberichtigung auf Forderungen aus dem Leistungsbereich	194	–
Außerordentliche Erträge aus dem Bereich der Grundstücks- und Vermögensverwaltung aus Vorjahren	954	526
Einnahmen aus dem Verwaltungskostenhaushalt	271	544
	7.498	1.484

Sonstige Erträge

Zusammensetzung	2005 Tsd. €	2004 Tsd. €
uneinbringliche Forderungen aus dem Versicherungs- und Leistungsbereich aus Vorjahren	1.620	810
außerordentliche Aufwendungen aus dem Bereich der Grundstücks- und Vermögensverwaltung aus Vorjahren	200	79
übrige Aufwendungen	8	38
	1.828	927

Sonstige Aufwendungen

Bei den Aufwendungen für uneinbringliche Forderungen handelt es sich um die Wertberichtigung von Gegenwertforderungen und die Niederschlagung von Forderungen für überzahlte Rentenleistungen.

Die Ergebnisse nach Versicherungszweigen werden in der Segmentberichterstattung ausgewiesen.

Jahresüberschuss

Die versicherungstechnische und nichtversicherungstechnische Rechnung führten im Geschäftsjahr 2005 im Versorgungskonto I zu einem Überschuss in Höhe von 421.663 Tsd. €. Um diesen Betrag wurde die Rückstellung für Pflichtleistungen erhöht. Dabei entfallen auf den Abrechnungsverband West 281.275 Tsd. €, auf den Abrechnungsverband Ost 140.388 Tsd. € (siehe Segmentberichterstattung).

Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen

Segmentberichte.

Zielsetzung der Segmentberichterstattung.

Die VBL erstellt über alle Versicherungsbereiche eine konsolidierte Bilanz. Um der in der VBLS geforderten Trennung in die Bereiche „Pflichtversicherung“ bzw. „freiwillige Versicherung“ auch in der Berichterstattung gerecht zu werden, erfolgt hier der Ausweis der einzelnen Zahlen getrennt nach Pflicht- und freiwilliger Versicherung und innerhalb der Pflichtversicherung getrennt nach den Versorgungskonten I und II. Bei den Versorgungskonten I bzw. II wird durch separate Gewinn- und Verlustrechnungen noch nach den Abrechnungsverbänden West und Ost bzw. Gegenwerte und Beiträge differenziert.

Bilanzpositionen der Aktivseite	Pflichtversicherung				Freiwillige Versicherung	
	Versorgungskonto I		Versorgungskonto II			
	lfd. Jahr	Vorjahr	lfd. Jahr	Vorjahr	lfd. Jahr	Vorjahr
	€	€	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände						
I. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	1.662.645,00	2.042.552,00	-	-	-	-
B. Kapitalanlagen						
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	279.059.808,92	269.949.230,46	-	-	-	-
II. Beteiligungen	65.813.748,12	65.813.748,12	-	-	-	-
III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile	3.054.013.855,69	3.190.827.737,07	651.634.146,04	446.000.329,73	64.076.678,49	15.500.119,75
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	234.192.701,62	51.602.822,37	132.790.040,00	59.893.600,00	-	-
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	266.331.342,65	301.306.154,37	-	-	-	-
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	1.453.123.800,72	1.635.412.143,87	663.840.339,14	522.472.717,72	40.292.246,24	24.405.904,14
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.812.500.000,00	1.740.346.891,08	541.110.836,27	584.023.240,66	12.035.837,06	28.413.280,38
5. Einlagen bei Kreditinstituten	-	511.400.000,00	-	21.300.000,00	-	-
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern	-	-	-	-	3.334.819,43	1.292.928,34
D. Forderungen						
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	614.860.066,83	621.269.779,68	559.988.281,47	620.250.351,48	2.584,75	-
II. Sonstige Forderungen						
1. Sonstige Forderungen	23.926.990,18	17.231.712,65	6.919.394,11	-	-	1.460,76
2. Interne Verrechnungen						
a) Forderung VK I an VK II	66.894.709,11	57.072.264,52	-	-	-	-
b) Forderung VK I an freiwillige Versicherung	1.022.897,16	956.382,58	-	-	-	-
c) Forderung VK II an VK I	-	-	6.516.956,07	25.074.241,89	-	-
d) Verrechnung Geschäftsbereiche	-75.640.682,41	-	75.640.682,41	-	-	-
E. Sonstige Vermögensgegenstände						
I. Sachanlagen und Vorräte	3.589.450,24	3.683.800,15	-	-	-	-
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	1.242.169.411,38	89.268.075,32	-	-	17.039.017,97	5.635.103,55
F. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	65.193.892,03	74.362.374,26	17.938.702,56	18.792.930,94	427.559,23	1.020.669,88
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	449.001,48	73.209,58	825.783,15	-	-	-
Summe der Aktiva	9.109.163.638,72	8.632.618.878,08	2.657.205.161,22	2.297.807.412,42	137.208.743,17	76.269.466,80

Anhang

Bilanzpositionen der Passivseite	Pflichtversicherung				Freiwillige Versicherung	
	Versorgungskonto I		Versorgungskonto II			
	Ifd. Jahr	Vorjahr	Ifd. Jahr	Vorjahr	Ifd. Jahr	Vorjahr
	€	€	€	€	€	€
A. Rücklagen						
I. Verlustrücklage	-	-	224.383.736,00	190.208.066,00	4.643.668,93	2.031.388,49
B. Versicherungstechnische Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pflichtleistungen						
1. Abrechnungsverband West	6.473.295.204,56	6.198.543.215,90	-	-	-	-
2. Abrechnungsverband Ost	1.367.406.635,51	1.227.013.042,65	-	-	-	-
II. Deckungsrückstellungen						
1. Deckungsrückstellung	-	-	2.325.329.960,00	2.023.809.219,68	124.920.046,55	71.619.675,35
2. Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	1.105.930.055,46	1.058.670.946,69	-	-	-	-
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	8.500.000,00	12.910.000,00	-	-	-	-
IV. Rückstellung für Beitragserstattungen und Rückzahlungen von Umlage und Beiträgen	67.488.000,00	46.972.000,00	2.000,00	2.000,00	-	-
V. Rückstellung für Überschussbeteiligung	-	-	27.459.161,00	15.713.548,00	1.578.883,97	1.082.817,31
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	1.236.948,51	1.492.911,58	-	-	-	-
C. Versicherungstechnische Rückstellungen soweit das Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern	-	-	-	-	3.334.819,43	-
D. Andere Rückstellungen						
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.106.473,00	4.680.172,00	-	-	-	-
II. Sonstige Rückstellungen	7.934.983,66	6.887.931,63	-	-	-	-
E. Andere Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	21.454.656,66	34.289.752,82	-	-	110.600,81	90.666,64
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	-	11.001.262,86	-	-
III. Sonstige Verbindlichkeiten						
1. Sonstige Verbindlichkeiten	23.523.711,96	15.580.423,77	10.700.000,44	1.051,36	1.597.826,32	488.536,43
2. Interne Verrechnungen						
a) Verbindlichkeiten VK II gegenüber VK I	-	-	66.894.709,11	57.072.264,52	-	-
b) Verbindlichkeiten freiw. Vers. gegenüber VK I	-	-	-	-	1.022.897,16	956.382,58
c) Verbindlichkeiten VK I gegenüber VK II	6.516.956,07	25.074.241,89	-	-	-	-
F. Rechnungsabgrenzungsposten	21.770.013,33	504.239,15	2.435.594,67	-	-	-
Summe der Passiva	9.109.163.638,72	8.632.618.878,08	2.657.205.161,22	2.297.807.412,42	137.208.743,17	76.269.466,80

Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung	Pflichtversicherung			
	Versorgungskonto I – gesamt		Versorgungskonto I – West	
	Ifd. Jahr	Vorjahr	Ifd. Jahr	Vorjahr
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Umlageaufkommen				
a) Umlage und Beiträge (inkl. Sanierungsgeld)	4.135.078.228,49	4.137.456.768,04	3.980.029.998,18	3.985.489.844,38
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	41.069.100,19	33.170.364,03	41.335.628,93	33.203.528,44
c) Erträge aus Überleitungen Verrechnungskonto West – Ost	759.251,21	1.566.234,18	753.948,12	1.515.038,23 21.883,33
2. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	–	1.491.335,50	–	1.491.335,50
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	108.837.790,99	107.934.127,48	108.837.790,99	107.934.127,48
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	326.034.887,55	303.109.884,45	326.034.887,55	303.109.884,45
c) Erträge aus Zuschreibungen	11.091.623,34	1.679.401,33	11.091.623,34	1.679.401,33
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	9.749.050,24	16.069.300,80	9.749.050,24	16.069.300,80
e) Verrechnungskonto West – Ost	–	–	-59.568.858,11	-50.864.718,71
3. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	–	–	–	–
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge	6.611.586,63	8.233.460,07	6.607.223,28	8.220.428,90
5. Aufwendungen für Leistungen				
a) Leistungen				
aa) Zahlungen für Anstaltsleistungen	4.055.183.901,98	3.978.784.645,81	3.987.718.952,89	3.921.135.916,73
bb) Verwaltungsaufwendungen	38.005.220,00	38.658.780,00	35.429.776,00	36.426.903,00
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	-3.994.000,00	-16.917.000,00	-4.081.000,00	-16.024.000,00
c) Aufwendungen für Überleitungen Verrechnungskonto West – Ost	363.177,40	1.026.683,59	363.173,40	1.026.162,64
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung	–	–	–	–
b) sonstige Rückstellungen	18.544.036,93	5.446.974,79	17.744.036,93	6.146.974,79
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)	17.100.905,31	17.267.715,14	14.739.958,31	15.142.013,14
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	62.433.212,58	62.022.248,63	61.910.290,58	61.587.289,63
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	10.246.956,00	43.557.255,89	10.246.956,00	43.557.255,89
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.216.742,57	60.582.837,94	1.216.742,57	60.582.837,94
9. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	–	–	–	–
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	22.767.147,46	20.595.084,57	22.544.087,65	20.594.253,93
11. Versicherungstechnisches Ergebnis	+417.364.218,41	+399.685.649,52	+277.038.318,19	+257.694.446,44
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge	6.123.099,64	1.412.969,68	6.045.259,64	1.360.882,68
2. Sonstige Aufwendungen	1.824.780,46	918.277,23	1.808.839,10	916.912,82
3. Jahresergebnis vor Veränderung der Rückstellungen für Überschussbeteiligung	+421.662.537,59	+400.180.341,97	+281.274.738,73	+258.138.416,30
4. Veränderung der Rückstellung für Überschussbeteiligung	–	–	–	–
5. Jahresüberschuss	+421.662.537,59	+400.180.341,97	+281.274.738,73	+258.138.416,30
6. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen	-421.662.537,59	-400.180.341,97	-281.274.738,73	-258.138.416,30
7. Veränderung der Verlustrücklage	–	–	–	–

Anhang

	Versorgungskonto I – Ost		Versorgungskonto II – gesamt		Versorgungskonto II – Gegenwerte		Versorgungskonto II – Beiträge	
	lfd. Jahr	Vorjahr	lfd. Jahr	Vorjahr	lfd. Jahr	Vorjahr	lfd. Jahr	Vorjahr
	€	€	€	€	€	€	€	€
	155.048.230,31	151.966.923,66	117.572.038,77	117.156.803,43	-	-	117.572.038,77	117.156.803,43
	-266.528,74	-33.164,41	-	-	-	-	-	-
	5.303,09	51.195,95	-	-	-	-	-	-
	-	-	-	-	-	-	-	-
	-	-	-	-	-	-	-	-
	-	-	79.927.513,43	48.097.596,26	69.410.709,58	45.672.689,64	10.516.803,85	2.424.906,62
	-	-	-	-	-	-	-	-
	-	-	3.129.367,67	708.500,00	3.066.813,47	708.500,00	62.554,20	-
	59.568.858,11	50.864.718,71	-	-	-	-	-	-
	-	-	-	-	-	-	-	-
	4.363,35	13.031,17	24.834.227,75	43.089.598,22	24.834.001,58	43.089.598,15	226,17	0,07
	67.464.949,09	57.648.729,08	61.793.074,29	51.893.887,98	61.275.822,98	51.892.921,74	517.251,31	966,24
	2.575.444,00	2.231.877,00	1.197.788,00	814.123,00	567.424,00	526.936,00	630.364,00	287.187,00
	87.000,00	-893.000,00	-	2.000,00	-	-	-	2.000,00
	4,00	520,95	-	-	-	-	-	-
	-	21.883,33	-	-	-	-	-	-
	-	-	127.841.965,68	126.798.872,30	7.727.390,50	11.359.273,48	120.114.575,18	115.439.598,82
	800.000,00	-700.000,00	1.300.000,00	-	-	-	1.300.000,00	-
	2.360.947,00	2.125.702,00	2.208.039,00	2.182.163,00	512.042,00	503.031,00	1.695.997,00	1.679.132,00
	522.922,00	434.959,00	655.748,33	311.390,65	130.946,85	102.808,00	524.801,48	208.582,65
	-	-	295.658,90	-	275.789,24	-	19.869,66	-
	-	-	96.911,78	-	-	-	96.911,78	-
	-	-	-	-	-	-	-	-
	223.059,81	830,64	1.919.805,47	1.646.336,48	1.834.249,32	1.605.159,07	85.556,15	41.177,41
	+140.325.900,22	+141.991.203,08	28.154.156,17	+25.403.724,50	+24.987.859,74	+23.480.658,50	3.166.296,43	+1.923.066,00
	77.840,00	52.087,00	1.274.186,50	35.815,00	924.359,64	12.311,00	349.826,86	23.504,00
	15.941,36	1.364,41	0,65	-	0,36	-	0,29	-
	+140.387.798,86	+142.041.925,67	+29.428.342,02	+25.439.539,50	+25.912.219,02	+23.492.969,50	+3.516.123,00	+1.946.570,00
	-	-	-11.745.613,00	-15.713.548,00	-10.229.490,00	-13.895.374,00	-1.516.123,00	-1.818.174,00
	+140.387.798,86	+142.041.925,67	+17.682.729,02	+9.725.991,50	+15.682.729,02	+9.597.595,50	+2.000.000,00	+128.396,00
	-140.387.798,86	-142.041.925,67	-	-	-	-	-	-
	-	-	-17.682.729,02	-9.725.991,50	-15.682.729,02	-9.597.595,50	-2.000.000,00	-128.396,00

Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung	Freiwillige Versicherung	
	lfd. Jahr	Vorjahr
	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Umlageaufkommen		
a) Umlage und Beiträge (inkl. Sanierungsgeld)	54.774.061,39	46.495.130,64
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	–	–
c) Erträge aus Überleitungen Verrechnungskonto West – Ost	–	–
2. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	–	–
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	–	–
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	4.510.997,20	2.040.515,46
c) Erträge aus Zuschreibungen	–	–
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.301.729,66	611.294,60
e) Verrechnungskonto West – Ost	–	–
3. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	288.964,72	73.593,67
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge	–	–
5. Aufwendungen für Leistungen		
a) Leistungen		
aa) Zahlungen für Anstaltsleistungen	192.309,08	70.508,55
bb) Verwaltungsaufwendungen	20.002,44	18.993,56
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	–	–
c) Aufwendungen für Überleitungen Verrechnungskonto West – Ost	–	–
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen		
a) Deckungsrückstellung	56.635.190,63	45.611.760,48
b) sonstige Rückstellungen	–	–
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)	980.269,74	930.691,99
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	13.873,30	6.069,85
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	–	–
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	14.483,59	0,77
9. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	–	–
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	8.901,68	634,68
11. Versicherungstechnisches Ergebnis	+3.010.722,51	+2.581.874,49
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	100.661,16	35.284,58
2. Sonstige Aufwendungen	3.036,57	8.380,81
3. Jahresergebnis vor Veränderung der Rückstellungen für Überschussbeteiligung	+3.108.347,10	+2.608.778,26
4. Veränderung der Rückstellungen für Überschussbeteiligung	-496.066,66	-594.860,90
5. Jahresüberschuss	+2.612.280,44	+2.013.917,36
6. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen	–	–
7. Veränderung der Verlustrücklage	-2.612.280,44	-2.013.917,36

Anhang

Konsolidierung						
Summen Segmentberichte		konsolidierte Beträge		konsolidiert		
lfd. Jahr	Vorjahr	lfd. Jahr	Vorjahr	lfd. Jahr	Vorjahr	
€	€	€	€	€	€	
4.307.424.328,65	4.301.108.702,11	-	-	4.307.424.328,65	4.301.108.702,11	
41.069.100,19	33.170.364,03	-	-	41.069.100,19	33.170.364,03	
759.251,21	1.588.117,51	-	21.883,33	759.251,21	1.566.234,18	
-	1.491.335,50	-	-	-	1.491.335,50	
108.837.790,99	107.934.127,48	-	-	108.837.790,99	107.934.127,48	
410.473.398,18	353.247.996,17	-	-	410.473.398,18	353.247.996,17	
11.091.623,34	1.679.401,33	-	-	11.091.623,34	1.679.401,33	
14.180.147,57	17.389.095,40	-	-	14.180.147,57	17.389.095,40	
-	-	-	-	-	-	
288.964,72	73.593,67	-	-	288.964,72	73.593,67	
31.445.814,38	51.323.058,29	1.919.569,36	1.646.336,48	29.526.245,02	49.676.721,81	
4.117.169.285,35	4.030.749.042,34	-	-	4.117.169.285,35	4.030.749.042,34	
39.223.010,44	39.491.896,56	-	-	39.223.010,44	39.491.896,56	
-3.994.000,00	-16.915.000,00	-	-	-3.994.000,00	-16.915.000,00	
363.177,40	1.048.566,92	-	21.883,33	363.177,40	1.026.683,59	
184.477.156,31	172.410.632,78	-	-	184.477.156,31	172.410.632,78	
19.844.036,93	5.446.974,79	-	-	19.844.036,93	5.446.974,79	
20.289.214,05	20.380.570,13	-	-	20.289.214,05	20.380.570,13	
63.102.834,21	62.339.709,13	-	-	63.102.834,21	62.339.709,13	
10.542.614,90	43.557.255,89	-	-	10.542.614,90	43.557.255,89	
1.328.137,94	60.582.838,71	-	-	1.328.137,94	60.582.838,71	
-	-	-	-	-	-	
24.695.854,61	22.242.055,73	1.919.569,36	1.646.336,48	22.776.285,25	20.595.719,25	
+448.529.097,09	+427.671.248,51	0,00	0,00	+448.529.097,09	+427.671.248,51	
7.497.947,30	1.484.069,26	-	-	7.497.947,30	1.484.069,26	
1.827.817,68	926.658,04	-	-	1.827.817,68	926.658,04	
+454.199.226,71	+428.228.659,73	-	-	+454.199.226,71	+428.228.659,73	
-12.241.679,66	-16.308.408,90	-	-	-12.241.679,66	-16.308.408,90	
+441.957.547,05	+411.920.250,83	-	-	+441.957.547,05	+411.920.250,83	
-421.662.537,59	-400.180.341,97	-	-	-421.662.537,59	-400.180.341,97	
-20.295.009,46	-11.739.908,86	-	-	-20.295.009,46	-11.739.908,86	

Zusammensetzung der Zahlungen für Leistungen	Pflichtversicherung		Versorgungskonto I			
	konsolidiert		konsolidiert		Abrechnungsverband West	
	lfd. Jahr	Vorjahr	lfd. Jahr	Vorjahr	lfd. Jahr	Vorjahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Leistungen aus der Versicherung						
Betriebsrenten						
an Versicherte	3.616.615	3.536.351	3.560.785	3.489.688	3.495.205	3.434.275
an Hinterbliebene	466.569	453.039	461.128	448.250	459.733	447.000
	4.083.184	3.989.390	4.021.913	3.937.938	3.954.938	3.881.275
sonstige Leistungen						
Sterbegelder	17.529	22.984	17.217	22.743	17.042	22.626
Abfindungen	9.560	11.719	9.379	11.519	9.089	10.706
Beitrags- und Umlageerstattungen	7.102	7.273	7.073	7.272	7.046	7.216
Brutto-Leistungen	4.117.375	4.031.366	4.055.582	3.979.472	3.988.115	3.921.823
abzüglich Erträge aus Schadensersatzansprüchen ¹	398	688	398	688	396	687
Netto-Leistungen	4.116.977	4.030.678	4.055.184	3.978.784	3.987.719	3.921.136

¹ § 50 VBLS bzw. § 18 Anhang 2 der VBLS



Anhang

				Freiwillige Versicherung	
Abrechnungsverband Ost		Versorgungskonto II konsolidiert			
lfd. Jahr	Vorjahr	lfd. Jahr	Vorjahr	lfd. Jahr	Vorjahr
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
65.580	55.413	55.830	46.663	33	5
1.395	1.250	5.441	4.789	2	-
66.975	56.663	61.271	51.452	35	5
175	117	312	241	2	-
290	813	181	200	155	65
27	56	29	1	-	-
67.467	57.649	61.793	51.894	192	70
2	1	-	-	-	-
67.465	57.648	61.793	51.894	192	70

Organe

Die Organe **Verwaltungsrat** und **Vorstand**, die Teil des Anhangs sind, werden nach dem Bestätigungsvermerk und den Beschlüssen der Organe aufgeführt.

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt waren bei der VBL beschäftigt:

	2005 Anzahl	2004 Anzahl
Vorstandsmitglieder und zur Dienstleistung bei der VBL beurlaubte Beamte	4	4
Angestellte	932	948
Arbeiter	14	14
	950	966



Anhang

Die Personalkennzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

		Stand 31.12.2005	Stand 31.12.2004
Personalbestand	Anzahl	950	960
davon: Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	140	136
davon: Altersteilzeitbeschäftigte	Anzahl	72	71
Durchschnittsalter	Jahre	44,5	44
Anteil der weiblichen Mitarbeiter	%	49,2	50,4
Anteil der schwerbehinderten Mitarbeiter	%	6,8	6,6



Bestätigungsvermerk.

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 26. Juli 2006 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Karlsruhe, (VBL) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der VBL. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der VBL sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Anhang

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

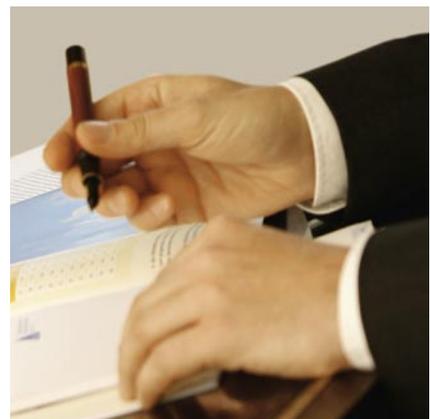
Nach unserer Beurteilung, aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse, entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der VBL. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der VBL und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Karlsruhe, den 26. Juli 2006

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Schattling
Wirtschaftsprüfer

ppa. Heubrock
Wirtschaftsprüferin





Beschlüsse der Organe.

Beschluss des Vorstands.

Der Vorstand billigt den ihm vorgelegten Bericht über das Geschäftsjahr 2005.

Berlin, den 22. November 2006

Der Vorsitzende des Vorstands

Präsident Wolf R. Thiel

Beschluss des Verwaltungsrats.

Der Verwaltungsrat billigt den ihm vorgelegten Bericht über das Geschäftsjahr 2005.

Berlin, den 30. November 2006

Der amtierende Vorsitzende des Verwaltungsrats

Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, MdL

Mitglieder des Verwaltungsrats und des Vorstands.

Verwaltungsrat.

Mitglieder aus dem Kreis der Beteiligten.

- **Staatsminister Prof. Dr. Kurt Falthäuser, MdL**, Vorsitzender, München
- **Ministerialrat Klaus Böhlo**, Potsdam
- **Ministerialrat Knut Bredendiek**, Berlin
- **Ltd. Ministerialrat Ernst-Günter Kapitza**, Hannover
- **Hauptgeschäftsführer Gerhard Kappius**, Köln
- **Verbandsgeschäftsführer Wilfried Kley**, Kiel
- **Ministerialrat Dr. Colin Magg**, Stuttgart
- **Ministerialrat Volker Oye**, Magdeburg
- **Ltd. Ministerialrat Bernd Pieper**, Düsseldorf
- **Ministerialrat Markus Putz**, München
- **Ministerialrat Peter Rupprecht**, Mainz
- **Regierungsdirektorin Karin Sachse**, Erfurt
- **Ministerialrat Klaus Schlegel**, Schwerin
- **Senatsrat Dr. Wolfgang Schmidt-Streckenbach**, Berlin
- **Ministerialrat Josef Seifner**, Wiesbaden
- **Senatsrat Wolfgang Söller**, Bremen
- **Ministerialrat Frank Sulimma**, Kiel
- **Hauptgeschäftsführer Dr. Emil Vesper**, Wuppertal
- **Ministerialrat Dr. Franz-Eugen Volz**, Berlin

Mitglieder aus dem Kreis der Versicherten.

- **Hartmut Limbeck (ver.di)**, Vorsitzender, Wittmund
- **Jürgen Albinus (ver.di)**, Leipzig
- **Hubert Bowinkelmann (ver.di)**, Münster
- **Dr. Karin-Heidrun Eulenberger (ver.di)**, Leipzig
- **Karl-Heinz Gottschalk (ver.di)**, Wolfsburg
- **Siglinde Hasse (dbb tarifunion)**, Berlin
- **Jürgen Heinrich (ver.di)**, München – bis 31. Dezember 2005 –
Karl-Heinz Böhmländer (ver.di), Ansbach – seit 23. August 2006 –
- **Hans-Jürgen Immerthal (ver.di)**, Wilhelmshaven
- **Axel Jahnz (ver.di)**, Magdeburg
- **Bernd Kalusche (ver.di)**, Berlin
- **Gisela Kullack (ver.di)**, Berlin
- **Cord Peter Lubinski (ver.di)**, Kiel
- **Helmut Overbeck (dbb tarifunion)**, Düsseldorf
- **Wolfgang Schelter (ver.di)**, Berlin

- **Werner Schwemer (ver.di)**, Lüneburg
- **Meinolf Theiner (dbb tarifunion)**, Düsseldorf
- **Peter Rügner (ver.di)**, Weinsberg
- **Bernd Wolf (ver.di)**, Leinefelde-Worbis
- **Dagmar Zeppa (ver.di)**, Berlin

Vorstand.

Mitglieder aus dem Kreis der Beteiligten.

- **Präsident Wolf R. Thiel**, Vorsitzender
- **Bettina Stebel**, hauptamtliches Vorstandsmitglied und Vertreterin des Präsidenten
- **Richard Peters**, hauptamtliches Vorstandsmitglied
- **Staatssekretär Wolfgang Steller**, Düsseldorf – bis 14. Februar 2005 –
Ministerialdirigent Dr. Rüdiger Messal, Düsseldorf – vom 15. Februar 2005 bis 16. Mai 2006 –
Ltd. Ministerialrat Ulf-Rainer Hoffmann – seit 22. Juni 2006 –
- **Ministerialdirigent a. D. Dr. Thorolf Stegmann**, Leinfelden-Echterdingen – bis 22. Februar 2006 –
Ministerialrat Veit Mössler, Stuttgart – seit 23. Februar 2006 –
- **Geschäftsführer Ulrich Konstantin Rieger**, Berlin
- **Ministerialrätin Kerstin Rudolph**, Dresden
- **Ministerialdirigent Dr. Reinhard Timmer**, Berlin – bis 11. Juni 2006 –
Ministerialrat Anton Lieven, Berlin – seit 12. Juni 2006 –
- **Hauptgeschäftsführer Bernd Wilkening**, Hannover

Mitglieder aus dem Kreis der Versicherten.

- **Peter Bepperling (ver.di)**, Trier
- **Herbert Enzweiler (ver.di)**, Stockstadt
- **Wolfgang Feldmann (ver.di)**, Kiel
- **Ingrid Hinz-Hildebold (ver.di)**, Wuppertal – bis 30. Juni 2006 –
Hildegard Thor (ver.di), – seit 1. Juli 2006 –
- **Klaus Hermann Eger (ver.di)**, Hamburg – bis 31. August 2005 –
Norbert Stirnal (ver.di), Berlin – seit 20. Oktober 2005 –
- **Michael Wiese (ver.di)**, Düsseldorf
- **Ulrich Wolters (ver.di)**, Cottbus
- **Walter Wüst (ver.di)**, Aalen

Schiedsgericht.

Erste Kammer.

- **Heino Gans, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht,**
Vorsitzender, München
- **Klaus Fiebig, Richter am Oberlandesgericht,** Beisitzer, München
- **Herbert Zue (ver.di), Straßen- und Wasserbauamt,** Beisitzer,
Pfarrkirchen
- **Dr. Rudolf Appel, Richter am Bayerischen Verwaltungs-
gerichtshof a. D.,** Vertreter des Vorsitzenden, München
- **Gabriele Reichert, Richterin am Amtsgericht,**
stellvertretende Beisitzerin, München
– bis 27. August 2005 –
Manfred Fuchs, Richter am Oberlandesgericht,
stellvertretender Beisitzer, München
– seit 3. November 2005 –
- **Dirk Poller (ver.di),** stellvertretender Beisitzer

Zweite Kammer.

- **Rolf Rainer Rühling, Vorsitzender Richter am Bayerischen
Landessozialgericht,** Vorsitzender, München
- **Hans Peter Spiegl, Vorsitzender Richter am Bayerischen
Landessozialgericht,** Beisitzer, München
- **Reinhard Henning (ver.di), Infanterieschule,** Beisitzer, Hammelburg
- **Christian Walter, Vorsitzender Richter am Bayerischen
Landessozialgericht a. D.,** Vertreter des Vorsitzenden
- **Ricarda Ziestler, Oberregierungsrätin Landesversicherungs-
anstalt Oberbayern,** stellvertretende Beisitzerin, München
- **Adolf Winkelhaus (ver.di),** stellvertretender Beisitzer

Oberschiedsgericht.

- **Dr. Friedrich Blumenröhr, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof a. D.**, Vorsitzender, Karlsruhe
- **Bernd Heß, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht**, Beisitzer, Karlsruhe
- **Joachim Schäfer, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht**, Beisitzer, Karlsruhe
- **Dr. Lothar Zysk, Richter am Bundesgerichtshof a. D.**, Beisitzer – bis 5. Mai 2005 –
Dr. Marco Deichmann, Richter am Oberlandesgericht, Beisitzer, Frankfurt am Main – seit 7. Juli 2005 –
- **Wolfgang Wall (ver.di)**, Beisitzer
- **Bettina Gammel-Hartmann (ver.di)**, Beisitzerin, Amtsgericht München
- **Klaus Hilpert (ver.di), Wasser- und Schifffahrtsamt Schweinfurt – Bauhof Würzburg –**, Beisitzer, Würzburg
- **Rainer Schulte, Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof a. D.**, Vertreter des Vorsitzenden, Karlsruhe
- **Anette Schmidt, Vorsitzende Richterin am Landessozialgericht Rheinland-Pfalz**, stellvertretende Beisitzerin, Mainz
- **Michael Zimmermann, Vizepräsident des Sozialgerichts**, stellvertretender Beisitzer, Stuttgart
- **Johannes Rautert, Präsident des Sozialgerichts**, stellvertretender Beisitzer, Trier
- **Michael Frey (ver.di), Landesbesoldungsamt Schleswig-Holstein**, stellvertretender Beisitzer, Kiel
- **Werner Schaberg (ver.di), Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – Landesbezirk Berlin-Brandenburg –**, stellvertretender Beisitzer, Berlin
- **Wolfgang Tübbecke (ver.di)**, stellvertretender Beisitzer

